

STIMMEN FÜR DIE VIelfALT

Perspektiven und Ansätze im Bereich der Migration,
Integration und Teilhabe in Brandenburg



Abschlusspublikation
des Projektes
MIT:MENSCHEN



2020 1.Auflage

INHALT

- 02 **VORWORT**
- 03 **MIT:MENSCHEN**
Das Projekt stellt sich vor
- 05 **MIT:DENKEN**
MIGRATIONSGESCHICHTE(N)
& AKTUELLE DEBATTEN
- 06 **ZWISCHENWELT**
Eine Diversity Agentin ermittelt
Nouria Asfaha
- 10 **„DAS NEUE WIR“**
Auszüge aus einem Gespräch
mit Professor Jan Plamper
Sabrina Görisch
- 13 **ERINNERUNGSKULTUR JENSEITS**
VON GEDENKTAGEN UND SYMBOLIK
Dr. Juliane Wetzel
- 18 **HABEN SIE DAS GEWUSST?**
Eine Reise durch die Beziehungs-
geschichte Brandenburgs mit
dem Nahen und Mittleren Osten
Christoph Wunnicke
- 20 **MIT:MACHEN**
OFFENHEIT UND KULTURELLE
VIELFALT STÄRKEN
- 21 **ZUGEHÖRIGKEIT**
MAL UNGEHÖRIGKEIT
Die Poets of Migration auf Tour durch
postdeutsche Seelenlandschaften
Zoran Terzić
- 23 **MIT KLARER HALTUNG**
FÜR MEHR VIELFALT
Eine Vorstellung von Gegenargument
Michael Trube
- 26 **ERZÄHLCAFÉ**
Ankommen und Bleiben
Conny Martina Bredereck,
Yaser Mohammad, Marcel Deiß
- 29 **RASSISMUSKRITISCHES DENKEN UND**
HANDELN IN DER BILDUNGSARBEIT
Cornelia Schneider

1

2

- 32 **MIT:REDEN**
PARTIZIPATIONS-
MÖGLICHKEITEN SCHAFFEN
- 33 **TEILHABE VON MENSCHEN**
GLOBALER IDENTITÄT
IM SPANNUNGSFELD
- aus der Perspektive von Menschen
mit Flucht- und Migrationserfahrung
Abdou Rahime Diallo

- 37 **VOM INFORMELLEN SELBST-**
HILFENETZWERK ZUR GEFÖRDERTEN
MIGRANTENSELBSTORGANISATION
Die Entwicklung der Selbstorganisation
von Migrant*innen in Brandenburg
Diana Gonzalez Olivo, Hài Bluhm,
Dr. Ermyas Mulugeta

- 41 **WAS KÖNNEN WIR BEI DER**
GESTALTUNG VON TEILHABE MIT NEU-
ANGEKOMMENEN BESSER MACHEN?
Fatuma Musa Afrah über die Perspektive
von neuangekommenen Frauen
Fatuma Musa Afrah, Abdou Rahime Diallo

- 44 **WIR STELLEN VOR:**
Vereine und Initiativen in Brandenburg

- 48 **DANKSAGUNG**

- 49 **IMPRESSUM**

3



VORWORT

Das Zusammenleben von Menschen macht sie zu MIT:MENSCHEN.

*Der scheinbar schöne und gute Begriff hat seine Tücken,
darum wird das MIT erklärt: Migration, Integration, Teilhabe*

Warum ich von Tücken spreche? Wenn Politiker*innen von den lieben Mitbürger*innen sprechen, dann ist meine Frage meist, wen sie damit meinen und warum nicht alle Angesprochenen einfach Bürger*innen sind. Oft ist die Antwort: Weil die Angesprochenen zu uns gekommen sind, bei uns sind, weil sie jetzt mit uns leben, aber nicht (wie) „wir“ sind. Das kann bedeuten: Wie in einer WG kommen einige dazu, die jetzt auch bei uns wohnen, wir sind mehr; sie wohnen mit uns und teilen alle unsere Aufgaben und Vorrechte. Aber ist das wirklich immer der Fall? Werden nicht manche in die Gesellschaft zwar aufgenommen, dürfen aber bestimmte selbstverständliche Rechte nicht in Anspruch nehmen, sind vielleicht von manchen Pflichten „befreit“, nur um andere auf sich zu nehmen?

Wenn wir versuchen, in einem Projekt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern und zu ermöglichen, dann sind wir „politisch“, wir bemühen uns um die Citoyens, die Bürger*innen als Teil gesellschaftlicher Kommunikation, Kritik, mit allen Rechten und Pflichten als Ziel. Teilhabe heißt, sich nicht dafür rechtfertigen zu müssen, teilzuhaben, dabei zu sein, „mit“ zu sein. So etwas kommt nicht von alleine. Jede*r bringt ihre*seine Vergangenheit mit, das ist eine oft mühselige Migrationsgeschichte. Im Prozess der Integration stößt sie auf den Widerstand derer, die ihre eigene Geschichte mit sich tragen, die aber nun keine Migrationsgeschichte ist, sondern ihre eigenen Probleme mit sich trägt. Das bedeutet, dass alle Beteiligten – die da sind und waren und die dazukommen – sich austauschen sollen über das, was sie zusammengebracht hat – da ist viel Zufall, aber auch viel individuelle und gemeinschaftliche Hartnäckigkeit dabei, auch viele Rückschläge und Verluste. Integration heißt keineswegs, alles verstehen zu müssen, auch mit allem einverstanden zu sein. Wichtiger ist, zunächst so viel wie möglich zu wissen, sich die Umstände eines immer „neuen“ Lebens, eines neuen „Environments“ erklären zu können.



Und das geschieht nicht abgehoben in speziellen Institutionen und unter einem elitären Anspruch, sondern in der alltäglichen Lebenswelt einer Gemeinde, eines Stadtteils, einer Umgebung, in der nichts wirklich bekannt ist – außer den Menschen.

MIT:MENSCHEN ist ein Projekt, das nicht nur die Menschen miteinander zum Sprechen bringt, sondern auch dazu beiträgt, dass alle etwas zu sagen haben über die Umstände, die zu ihnen sprechen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist diesem Ziel in vielfältiger Weise verpflichtet. Mit diesem Projekt wirkt sie aktiv der Vereinzelung und Vereinsamung von Menschen entgegen – von denen, die schon hier sind, und denen, die erst kommen und kommen werden.

Michael Daxner
Sprecher des Vorstands der
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

MIT:MENSCHEN

Das Projekt stellt sich vor

Brandenburg ist vielfältig. In den letzten Jahren hat Migration zur gesellschaftlichen Diversität des Landes beigetragen. Wanderungsbewegungen prägen das Land aber nicht erst in der jüngsten Vergangenheit.

Über Jahrhunderte sind Menschen aus unterschiedlichen Gründen in Brandenburg ein- und ausgewandert. Denken wir allein an die sogenannten französischen Hugenotten, die durch die restriktive Religionspolitik Frankreichs im 17. Jahrhundert nach Brandenburg kamen. Oder an die vielen Menschen, die Ende des Zweiten Weltkrieges aus ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im Osten nach Brandenburg zogen. Diese Migrationsgeschichten kommen in der Selbstwahrnehmung Brandenburgs kaum vor. Ein- und Zuwanderung gehören jedoch zur Geschichte und Identität Brandenburgs. Das Bewusstsein dafür, dass Migration und Vielfalt nicht Ausnahme und Problem sind, sondern Normalfall und seit jeher gelebte Realität, stärkt eine Kultur der Anerkennung.

Eine wertschätzende Haltung gegenüber Einwanderung bildet die Grundlage für eine langfristige Integration Drittstaatsangehöriger¹ in Brandenburger Kommunen. Dabei ist es unsere gemeinsame Verantwortung, eine chancengerechte Teilhabe in der Gesellschaft Brandenburgs zu gestalten und zu stärken. Es ist unsere Aufgabe, gesellschaftliche und politische Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, aufzuzeigen und alle Neuankommenden dabei zu unterstützen, sie zu ergreifen.



Im Sinne dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung wurde im Juli 2018 das Projekt **MIT:MENSCHEN** von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg ins Leben gerufen.

Rund zwei Jahre förderten und ergänzten wir die Aktivitäten von Engagierten aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Brandenburger Kommunen, die einen Beitrag zur demokratischen Gestaltung der Kommunen leisten und sich für die Integration und Teilhabe von Drittstaatsangehörigen starkmachen.

Die Bildungsangebote des Projektes waren sehr unterschiedlich und trugen insgesamt dazu bei, ein tolerantes, diskriminierungsfreies Klima in Brandenburger Kommunen zu stärken.

Im **Baustein 1** zur *Geschichte und Aktualität von Migration* wurde durch lokalhistorische Ansätze Wissen über Migration und Integration vermittelt. Von lokalen Geschichten bis hin zu globalen Zusammenhängen wurden verschiedene Themenschwerpunkte im Rahmen von Workshops und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen kritisch beleuchtet.

Wissen und Handlungskompetenzen für die Einwanderungsgesellschaft standen im **Baustein 2** im Fokus. Im Rahmen von Seminaren und Workshops boten Referent*innen eine differenzierte und rassismuskritische Auseinandersetzung mit Ausgrenzungsmechanismen an und vermittelten Wissen und Kompetenzen für einen kultursensiblen, wertschätzenden Umgang mit Vielfalt.

Der **Baustein 3** bestand aus unseren Bestrebungen, *Partizipation und Dialog* zu fördern.

Drittstaatsangehörige, die nach Brandenburg kommen, wissen erst mal nicht, wie sie an der für sie fremden Gesellschaft teilhaben können und wo sie sich einbringen können. Und es ist unsere Aufgabe, ihnen die Wege und Möglichkeiten zu zeigen. Darüber hinaus ist es an uns, sie zu fragen, was sie brauchen. Dies ermöglicht einen gemeinsamen Lernprozess.

Es wurden vier Regionaltagungen organisiert, in deren Rahmen Agierende aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam erarbeiten sollten, welche Beteiligungsverfahren

¹ Drittstaatsangehörige sind Menschen, die keine Staatsangehörigkeit eines EU-Landes und damit beispielsweise kein Kommunalwahlrecht in Deutschland haben.

für Drittstaatsangehörige in verschiedenen Kommunen in Brandenburg bereits existieren und welche Bedarfe darüber hinaus bestehen.

Realisiert wurden die Bildungsangebote in enger Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartner*innen. Engagierte und Einwohner*innen konnten ihre Ideen und Bedürfnisse über unsere lokalen Partner*innen einbringen. Konkret wurden über 50 Veranstaltungen in vier unterschiedlichen Regionen Brandenburgs geplant und organisiert: Uckermark-Barnim, Prignitz-Oberhavel und Lausitz-Spreewald sowie Havelland-Fläming. Die Regionen sind in Brandenburg gestreut und umfassen sowohl ländliche Gebiete als auch (Klein-)Städte. Durch diese regionale Reichweite konnten nicht nur Menschen aus der Landeshauptstadt Potsdam die Angebote nutzen, sondern auch Personen aus dem ländlichen Raum, die tendenziell schwerer zu erreichen sind.

Ein besonderer Dank gilt hierbei den engagierten Einwohner*innen Brandenburgs, die ihre Ideen und Bedürfnisse über unsere lokalen Partner*innen eingebracht haben und zu einer bedarfsorientierten und somit qualitativen Bildungsarbeit maßgeblich beisteuerten.

Dieses Heft bietet nun einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten von **MIT:MENSCHEN**.

Die Kapitel sind entlang der oben beschriebenen Bausteine des Projektes gegliedert.

Das erste Kapitel „**MIT:DENKEN** – Migrationsgeschichte(n) & aktuelle Debatten“ lehnt sich an Baustein 1 an und speist sich aus einem bunten Strauß an Themen – von persönlichen Erfahrungen als Mensch mit Migrationshintergrund über Fragen der kulturellen Identität, der Wichtigkeit einer Erinnerungskultur bis hin zu Fakten über die Beziehung zwischen Brandenburg und dem Mittleren Osten und bietet so einen Einblick in die vielfältige Debattenlandschaft.

In Anlehnung an Baustein 2 wird im zweiten Kapitel „**MIT:MACHEN** – Offenheit und kulturelle Vielfalt stärken“ eine Auswahl an Bildungs- und Workshop-Formaten einiger Trainer*innen vorgestellt und in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gesetzt sowie persönlich reflektiert.

Der Baustein 3 findet sich im letzten Kapitel „**MIT:REDEN** – Partizipationsmöglichkeiten schaffen“ wieder, in dem die Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten kritisch reflektiert und zahlreiche Initiativen in den Regionen vorgestellt werden.

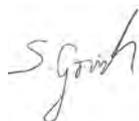
Damit kann unsere Broschüre auch als Handbuch und Nachschlagewerk genutzt werden, um Initiativen kennenzulernen und sich weiter zu vernetzen.

Wer ein bisschen gräbt, wird fündig: Unsere Wurzeln sind bunt.

Wir wünschen viel Freude und Denkanstöße beim Lesen!

Ihr und euer Team von MIT:MENSCHEN

Sabrina Görisch



Jan Weisbrod



Josephine Jerke



1

MIT:DENKEN

Migrationsgeschichte(n)
& aktuelle Debatten



ZWISCHENWELT

Eine Diversity Agentin ermittelt

1

Als mein Ältester eines Tages nach Hause kam, wusste ich noch nicht, dass er mir einen völlig neuen Beruf bescheren würde, einen Beruf, den ich erst erfinden musste.

Das war vor 14 Jahren, 2006, in Kapstadt. Er kam von der vierten Klasse der Fish Hoek Primary School, der besten Modell C Grundschule der Gegend, und sollte seinen ersten großen Schulaufsatz schreiben. Thema: „Warum ich stolz bin, ein Südafrikaner zu sein.“

Er hatte eine genaue Vorstellung davon, was in diesem Aufsatz stehen sollte. Die Kernelemente: „Ich bin stolz ...“ und „The Big Five“ (die fünf großen Säugetiere Südafrikas Leopard, Büffel, Elefant, Löwe und Nashorn, die symbolhaft für das „besondere Naturerbe“ Südafrikas stehen), auch der Hinweis auf die außergewöhnliche „Biodiversität“ in Pflanzen- und Tierwelt in den gut gepflegten „National Parks“. Nicht zu vergessen: Die multikulturelle Gesellschaft, die „Rainbow Nation“, welche nach der dunklen Ära der Apartheid nun mit ihrer „Vielzahl unterschiedlicher Sprachen und Kulturen“ zuversichtlich in die „Zukunft“ schaut. Meine Aufgabe sollte lediglich sein, ihm bei der Formulierung und Rechtschreibung zu helfen.

Mit diesem Auftrag entbrannte eine hitzige Diskussion. Sie forderte mich als engagierte Mutter mit meinem ganzen Repertoire an möglichen diplomatischen und pädagogischen Interventionen. Die Stunde der Aufklärung war gekommen.

Ich sprach zu meinem Sohn: „Du kannst das nicht so schreiben. Du bist kein Südafrikaner, also kannst du auch nicht stolz darauf sein. Aber wir können ja schreiben, dass du Südafrika toll findest, weil ...“ Mit der Vehemenz seiner Antwort rechnete ich nicht: „Neiiiiin, das geht nicht!“ Seine Lehrerin hatte die Aufgabenstellung genau erklärt. Und er wollte auf keinen Fall durchfallen. Er bestand auf den vorgegebenen Formulierungen, er fand sie richtig.

Okay, nennen wir es Selbstverleugungsphase. Ich versuchte es locker: „Stell dir vor, alle halten sich genau an die Vorgaben – meinst du nicht, dass es deine Lehrerin langweilt, wenn alle 30 Aufsätze gleich klingen? Schau mal, du bist vielleicht kein geborener Südafrikaner, aber wir, deine Familie, sind auch eine Regenbogennation. Du hast deutsch-eritreische, äthiopische und amerikanische Eltern und Großeltern. Deine Familienangehörigen leben überall in der Welt und jetzt auch in Südafrika. Und wenn du groß bist, wirst du dort leben, wo es dir gut gefällt.“ „Ja, hier“, schmolte mein Sohn weiter.

Ich brachte vorsichtig noch einen weiteren Aspekt ein: „Gut, mein Lieber, genau genommen sind wir deutsch, so steht es zumindest in unseren Ausweispapieren. Und *mir* fällt es mit meiner deutschen Sozialisation schwer, Nationalität und Stolz so einfach miteinander zu verbinden. In Deutschland hat Nationalstolz zu etwas sehr Schlimmem geführt. Daher klingt das in meinen Ohren einfach nicht richtig.“

Wie kann man denn stolz auf etwas sein, was ein Geschenk oder Erbe ist, für das du gar nichts tun brauchtest? Mir, dir und euch wurde sozusagen etwas anvertraut. Bist du schon alt genug, um von dir sagen zu können: Ich habe etwas Großartiges für diese Nation oder diesen Ort und seinen Erhalt geleistet? Und bin darauf stolz ... Wäre es nicht ehrlicher zu sagen, ich bin dankbar oder freue mich, an diesem Ort oder mit diesen Leuten zu sein, und weiß es zu schätzen? Und deswegen möchte ich meinen Beitrag leisten, das Gute zu schützen oder vielleicht sogar noch zu verbessern.

Weißt du, die Idee von einer Regenbogennation ist wunderbar. Aber im Vergleich zu den vielen Weißen gibt es neben euch eigentlich nur wenige Schwarze oder andere Kulturen an eurer Schule ...“

„Ich bin doch nicht schwarz“, klärte mein Sohn mich auf. Okay – wir einigten uns nach einigen Rückfragen zunächst auf die Feststellung, dass er weder weiß noch schwarz, sondern braun war, aber keinesfalls schwarz. So viel hatte er schon wahrgenommen: Sich auf die Seite der Schwarzen zu stellen, war unattraktiv für ein positives Selbstbild.

Wie könnte ich meinen Sohn dazu bekommen, *seine* Herkunft und *meine*, unsere Identität positiv zu reflektieren? Es folgte ein relativ kurzer Prozess mit Frustrationsausbrüchen auf beiden Seiten. Ich verlor die Geduld und schrieb den Schulaufsatz als Ghostwriter – in leichter Sprache – für meinen Sohn nieder. Und ich zwang ihn, diesen Text abzuschreiben: „Ich bin elf Jahre alt und war schon auf drei Kontinenten: Ich bin in Deutschland geboren, in den USA aufgewachsen und jetzt lebe ich in Kapstadt. Ich fühle mich in Südafrika sehr zuhause, weil Südafrika schön ist ...“

Ich weiß bis heute nicht, ob mein lieber Sohn den Aufsatz tatsächlich so vorgetragen oder in den Müll geschossen hat. Aber diese, unsere erste lautstarke Identitätskrise in der Familie hat mir einen Denkkzettel verpasst – mit weitreichenden Folgen.



2

Wir leben in einer zunehmend ambiguitätsfeindlichen Welt, sagt Thomas Bauer in seinem Buch „Die Vereindeutigung der Welt“. Mein Sohn war in seinem damaligen normativen „Wir-Umfeld“ instinktiv nicht in der Lage, sich angemessen und selbstbewusst positionieren zu können oder zu wollen. Denn seine Geschichte entsprach nicht der anerkannten Norm. Und er lief Gefahr, einer nichtprivilegierten Sparte, den „Verlierern“, zugeordnet zu werden oder sich womöglich ausgeschlossen und isoliert bei den „Anderen“ wiederzufinden.

Dieses westliche Denken mit seinem Zwang, alles ein- und auszugrenzen zu müssen, zu etikettieren und Uneindeutiges zu eliminieren, zusammen mit dem Hoheitsanspruch, stets zu bestimmen, was *normal* ist und *dazugehört* und was nicht, führt zu Demütigungen sowie zu Erschütterungen und Brüchen in der Selbstwahrnehmung von Kindern und Heranwachsenden. Wer in derartiger Dialektik gefangen ist, wird früher oder später von einem Ohnmachtsgefühl erfasst, das sich schnell in Ressentiments kehren kann. Bestenfalls kommt man durch die leibhaftige Erfahrung von Ab- und Ausgrenzung schon als Kind zu der frühen Erkenntnis, dass es meistens nicht *nur eine Wahrheit*, sondern *viele* richtige Erklärungen gibt, so sehr sich Lehrer*innen, Erwachsene und „verdiente“ Persönlichkeiten auch bemühen, uns die Welt zu vereindeutigen.

3

2008, Deutschland. Wir sind zurückgekehrt. Nicht ganz freiwillig, aber wie einem das Schicksal so spielt. Zurück zu den Wurzeln – mit unserem Umzug nach Potsdam hat sich ein Kreis geschlossen. Dass diese Stadt tatsächlich Urheimat unseres weißen Familienanteils ist, wurde mir als geborener Berlinerin erst im Nachhinein bewusst. Zunächst war ich nur mit dem Vorsatz zurückgekommen, meinen Kindern einen guten Einstieg in die deutsche Sprache zu ermöglichen. Als es darum ging, eine geeignete Schule für meine Jungs zu finden, wurde mir klar, dass sie es nicht einfach haben würden. Sie sprachen leider nur geringfügig oder gar kein Deutsch. In Integrationsklassen ließen sie sich glücklicherweise

nicht ohne Weiteres abschieben, da sie ja Deutsche waren. So fanden wir auf Umwegen schließlich eine engagierte Schule in Potsdam, die unter dem Motto „Schule ohne Rassismus“ bereit war, diese Herausforderung anzunehmen. Und mit einer anfänglichen Sprachförderung durch ein Projekt der Stiftung Mercator bekamen meine Jungs außerschulisch kostenfrei eine Deutschlehrerin an die Seite sowie jeweils einen „Buddy“ in ihrer Schulklasse. Happy End.

2018, Potsdam. Unsere Stadt hat sich merklich verändert. Sie ist internationaler geworden, vielfältiger, diverser. Seit 2015 haben wir vor Ort einen wachsenden mehrsprachigen Freundeskreis. Die meisten sind noch dabei, wacker die deutsche Sprache zu lernen. Ich habe meinen nun erwachsenen zweitältesten Sohn – er war zwölf, als er in die sechste Klasse kam – gefragt, wie lange es bei ihm gedauert hat, bis er dem Schulunterricht folgen konnte. Er meinte zu meiner Überraschung ziemlich empört, dass er mindestens zwei Jahre lang „kein Wort verstanden“ hätte. In meiner Wahrnehmung sprachen meine Kinder – denn sie waren ja Kinder – nach einem Jahr ein recht flüssiges Deutsch. Aber das war wohl eher Alltagssprache.

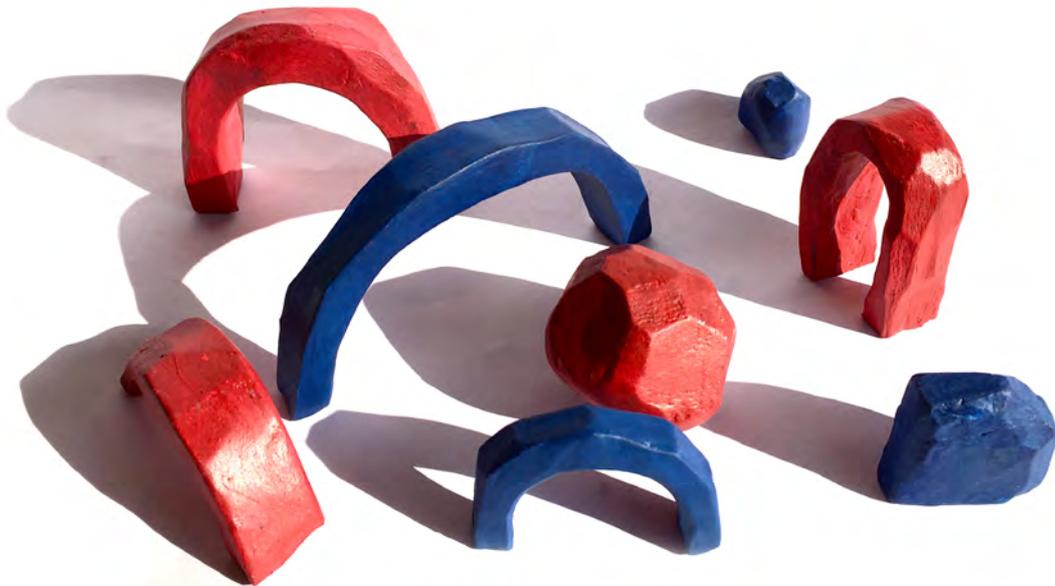
Heute sind drei meiner fünf Söhne bereits über zwanzig, haben das Abitur in der Tasche und teilen mir ihre ganz eigenen Kindheitserinnerungen mit. Ich höre ihnen zu, höre auch von dem, was ich ihnen nicht ersparen konnte. Obwohl ich nur das Beste für sie wollte. Ich wollte meinem Nachwuchs eine *noch* bessere und noch bewusstere Erziehung als die meiner eigenen Eltern angedeihen lassen. Ich wollte ihre frühkindliche Psyche vor einem übermächtig weißen und säkularen Umfeld schützen, indem wir in eine andere Umgebung ausgewandert sind. Wollte sie auf diese Weise frühzeitig und alltäglich mit normalen, erfolgreichen, inspirierenden und spirituellen Menschen zusammenbringen, die aussehen wie sie selbst. Wollte ihnen eine Umwelt schaffen, die die Vielschichtigkeit ihrer Familie reflektierte, wo Hautfarbe kein Thema war, wo sie einfach ihr Selbstbewusstsein ungestört entwickeln konnten; in einer glücklichen Kindheit, mit viel frischer Luft.

Trotz aller guten Vorsätze haben meine Schützlinge ihre Kinder- und Jugendzeit nicht ganz unbeschadet durchlebt.

Es braucht seine Zeit, um mit bestehenden Resentiments fertigzuwerden, um Prägungen durch autoritäre Erwachsene, durch Machtmissbrauch, ungerechtes und rassistisches Verhalten von Lehrer*innen und schutzbefohlenen Personen zu bewältigen und auszuheilen. Jedenfalls mussten meine Söhne – in Deutschland angekommen – sich sehr schnell weiter mit dem *Schwarzsein* auseinandersetzen, mit dem sie sich heute immerhin politisch positiv identifizieren, ganz im Gegensatz zu ihrer Ablehnung des Islam. Ich habe selbst in so gut wie jedem Elterngespräch erlebt, wie unsere Religion beäugt und als Erklärmuster für alles Erdenkliche und Bedenkliche herhalten musste, seien Fehlverhalten, Bekleidung, Kaugummi kauen, verbale Äußerungen, Übermut oder Teilnahmslosigkeit. Ich beobachte seit längerem, dass es eine latente Überforderung (nicht nur) für Kinder ist, sich auch noch an dieser Religionsfront behaupten zu müssen. Als Mutter und Muslima hoffe ich, dass meine Söhne sich in einer Phase der Be- und Verdrängung befinden, auf die früher oder später weiterer Erkenntnisdrang und vielleicht Erleuchtung folgen.

4

2020, Potsdam. Mittlerweile hat sich wie so oft in meinem Leben das positive Potential in mir weiterentwickelt und so graduierte ich neulich dank meiner Brückenposition in den verschiedenen ethnischen, kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Welten unverhohlen zu einer neuartigen Vermittlerin. Neben all den aussterbenden Professionen, die mittlerweile nur noch als Kuriosum existieren, entstehen ständig neue Berufszweige, die teils anerkannt sind oder in der Kreativwelt dann eben freiberuflich praktiziert werden. Sicher, es gibt schon Vermittlerberufe, sei es in den Medien, zwischen den Sprachen, in den Schulen, Hochschulen oder auf den Arbeitsämtern, in den Geldhäusern oder der Immobilienbranche. Aber das alles meine ich nicht.



Ich hatte es schon seit langem in mir gehabt und inzwischen weiß ich, was ich bin: eine Diversity Agentin, die ermittelt und die vermittelt.

Unverhofft kommt oft. Das Schöne ist, dass ich eigentlich nur mein Kopftuch zu binden brauche, um meiner neuen Berufung nachzugehen. Die Farbtöne und den Stil dieses so vielseitigen Stück Stoffs kann ich meinem breiten Stimmungsfundus entnehmen, meine Hautfarbe dagegen ist relativ einfarbig, lässt sich aber durch die Wahl der Kleidung auf- oder abwerten, und dann muss ich nur noch aus meiner Haustür treten, um öffentlich und nachhaltig wirksam zu sein. Solange dies wortlos geschieht, bewege ich mich in einem Terrain von grauen Zuschreibungen, welche näher zuzuordnen ein eher diffuses Unterfangen ist. Sie äußern sich in Blicken, Gleichgültigkeit bzw. der Verweigerung von Augenkontakt, konkreten Äußerungen durch Körpersprache wie Unsicherheit oder Missbilligung, jedoch auch in einer überhöhten Kontaktfreudigkeit bis zu bemerkenswerten verbalen Kommentaren, die in der Regel in einfacher Sprache oder in (beabsichtigt) schlechtem Deutsch gehalten sind.

Antworte ich in einwandfreiem Deutsch, fallen die ersten Groschen. Nach einem kurzen Besinnungsmoment erfolgt entweder sofortiger Rückzug oder eine so überschwängliche Begrüßung, dass sich bei mir das Gefühl einstellt, schon einen Beitrag zu meiner täglichen Verschönerung der Welt geleistet zu haben. Es gibt mittlerweile weltweit viele und auch niedrigschwellige Veranstaltungsformate, die sich in der Völkerverständigung sehr bewährt haben, wie Begegnungs- und Erzählcafés, „Meet a Muslim“, die Lebendige Bibliothek, interkulturelle Beratung, Diversity Trainings oder dergleichen. Und als berufene Diversity Agentin kann ich meine Tätigkeit holistisch und zu frei gewählten Zeiten immer problemloser in meinen Arbeitsalltag integrieren. Aufträge jeglicher Art nehme ich auch in Zukunft gerne entgegen.

Nouria N. Asfaha
Mitarbeiterin des Autonomen Frauenzentrums
Potsdam e.V.

PS: Ich würde mein Kind heute nie mehr dazu zwingen, einen von mir verfassten Aufsatz abzuschreiben und gegen seinen Willen in der Schule abzugeben.

„DAS NEUE WIR“

Auszüge aus einem Gespräch mit Professor Jan Plamper

Lieber Professor Plamper, in Ihrem Buch „Das neue Wir. Warum Migration dazugehört: Eine andere Geschichte der Deutschen“ thematisieren Sie die deutsche Migrationsgeschichte. Was war für Sie der Auslöser, sich als Historiker mit dieser Thematik zu befassen?

Das Thema hatte mir aufgrund meiner eigenen Erfahrungen schon vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ unter den Nägeln gebrannt. Ich war die gesamten 1990er Jahre weg aus Deutschland, insgesamt elf Jahre in den USA und in Russland. Im Jahr 2000 kam ich zurück und ja, das Land war diverser geworden. Aber wie darüber gesprochen wurde und welche Begriffe verfügbar waren, stand im Kontrast zur sichtbaren Vielfalt des Alltags. Befremdlich war beispielsweise, dass Menschen, die in der zweiten oder dritten Generation deutsche Staatsbürger*innen waren, weiterhin als Ausländer*innen bezeichnet wurden.

Der direkte Auslöser war dann 2015 und ein Gefühl der Dringlichkeit, aktiv werden zu müssen und meine Kräfte dabei bestmöglich einzusetzen. Da ich im angloamerikanischen Bereich ausgebildet wurde, wo die narrative, also erzählende Geschichtsschreibung hochgehalten wird, dachte ich, dass ich mich auf diese Weise dem Thema nähern und dadurch ein breiteres Publikum erreichen könnte.

Der Untertitel des Buches lautet „Eine andere Geschichte der Deutschen“ und formuliert damit den Anspruch, die Geschichte differenzierter zu betrachten. Warum bekommen die Migrationsbewegungen aus und nach Deutschland in der etablierten Geschichtsschreibung nicht den Raum, den sie verdienen?

Es stimmt, Migration wird in den Standardüberblickswerken zur deutschen Geschichte regelrecht totgeschwiegen. Warum das so ist, weiß ich nicht wirklich. Ich vermute jedoch, es hängt mit der Zusammensetzung derer zusammen, die die Geschichte schreiben. Sie sind nicht sehr divers. Überwiegend sind es weiße Männer und dies hat sicherlich Auswirkungen auf die Art der Geschichtsschreibung.

Es gibt aber auch seit den 1980er Jahren eine sozialwissenschaftliche Migrationsforschung, die historisch arbeitet. Da wäre vor allem das 1991 von Klaus J. Bade gegründete *Osnabrücker Institut für Migration und Interkulturelle Studien* (IMIS) zu nennen. Dies ist allerdings eine besondere Art der Geschichtsschreibung, weil sie sehr viel mit Zahlen und Statistiken hantiert – es kommen kaum Menschen darin vor. Es ist fast so, als hätte sich Osnabrück gegen den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit seitens der Fachkolleg*innen immunisieren müssen.

Mein Bestreben ist es nun, die Menschen mit O-Tönen durch narrative Geschichtsschreibung selbst zum Sprechen zu bringen, und zwar als Menschen wie du und ich, mit ihren Widersprüchlichkeiten und Nöten im Kontext von geschichtlichen Ereignissen und gesellschaftlichen Strukturen.

Jede nationale Geschichtsschreibung ist bis zu einem gewissen Grad mit einem kollektiven Zusammengehörigkeitsgefühl verbunden. Sie ist sinnstiftend. Und sofern sie Diversität adäquat abbildet, kann sie in den Menschen Empathie gegenüber anderen Menschen hervorbringen.

Nun eine ganz andere Frage: Warum ist Migration nicht gleich Migration? Betrachten wir beispielsweise die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg aus den ehemaligen Ostgebieten wie Pommern oder Schlesien bzw. heutzutage Amerikaner, Franzosen und Briten, die sehr positiv aufgenommen werden, im Gegensatz zu Menschen aus arabischen Ländern oder aus den Staaten Afrikas, die häufiger mit Hassanfeindungen konfrontiert sind. Gibt es dafür eine Erklärung?

Grundlegend gilt es zu differenzieren. Es ist ein Mythos, dass die Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten vom Kulturkreis, von der Religion und von der Sprache her als ähnlich wahrgenommen worden wären – das wurden sie nachweislich nicht. Andreas Kossert hat in seinem Buch „Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“ die Rassismen aus der nationalso-

zialistischen Zeit beschrieben, die auf die Vertriebenen übertragen wurden – dass sie anders aussehen, sprechen und riechen würden. „Mullattenzucht“ war ein Begriff, der damals benutzt wurde. Dies hat natürlich nichts mit der objektiven Realität zu tun. Vielmehr geht es um die Phantasmen, die auf Minderheiten projiziert werden. Und die Minderheiten waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Vertriebenen. Später waren es dann die Gastarbeiter*innen, beispielsweise aus Italien.

In der Wahrnehmung der Bevölkerung gibt es eine Hierarchie und momentan stehen in dieser Hierarchieleiter Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch und Sprachen aus Afrika relativ weit unten, wohingegen beispielsweise Englisch, Französisch und Italienisch weiter oben stehen.

Wo liegt Ihrer Meinung nach die Ursache für diese Hierarchie?

Es hängt meiner Meinung nach mit dem Staatsbürger*innenkonzept zusammen. Wenn wir ein Staatsbürger*innenkonzept hätten, in dem eine Zugehörigkeit zu einer anderen Kultur und Sprache mit der deutschen Staatsbürger*innenschaft als vereinbar und „normal“ gelten würde (wie im amerikanischen „Salad-Bowl-Modell“), wäre die Hierarchie vermutlich abgeschwächt. Wir müssen hin zu einer Selbstverständlichkeit, dass eine Person beispielsweise sowohl eine türkische Herkunft hat und über türkische Sprachfertigkeiten verfügt (das ist übrigens gut, Vielsprachigkeit ist ein Mehrwert!) und gleichzeitig ohne Wenn und Aber als deutsche*r Staatsbürger*in anerkannt wird.

Wir müssen hin zu einem anderen Identitätskonzept, das plural und performativ ist. Performativ heißt, dass Menschen keine Identität „haben“ können, sondern dass Identitäten in der Praxis gelebt werden, beispielsweise in der Rolle auf der Arbeit, als Freund*in, als begeisterte*r Radfahrer*in. Jeder Mensch wechselt ständig zwischen diesen Identitäten und spürt dabei keineswegs einen Konflikt. Genauso existiert eine Vielzahl an Dialekten und regionalen Identitäten in Deutschland. Wenn deutlich wird, dass das Wechseln zwischen den unterschiedlichen Teilidentitäten die Norm ist, zwischen Bayern und Bundesrepublik, wäre dies ein großer Gewinn: dann wäre

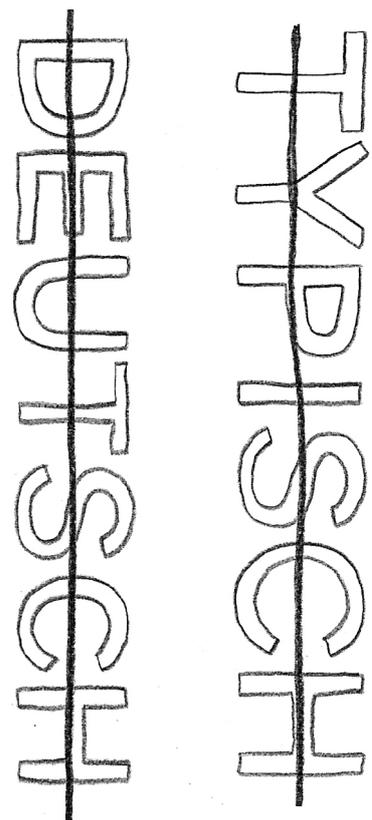
auch die Akzeptanz für das Wechseln zwischen Türkei und Bundesrepublik höher.

Und wir bräuchten Begriffe für Menschen, die eine kürzer zurückliegende Migrationsgeschichte haben, sowie Symbole, Geschichten und Narrative, die dieses Modell stützen und mit Inhalt füllen.

Sprachlich gesehen werden Menschen, deren Eltern und Großeltern nach Deutschland kamen, oftmals immer noch als Migrant*innen oder Ausländer*innen bezeichnet. Sie plädieren in Ihrem Buch für den Begriff „Plusdeutsche“. Was drückt dieser Begriff aus?

Grundsätzlich ist zu sagen, dass Sprache Wirklichkeit nicht nur abbildet, sondern auch selbst schafft. Das ist die Annahme, die viele poststrukturalistische Denker*innen teilen.

Darüber hinaus gilt meiner Meinung nach die Faustregel, dass wir nur Selbstbezeichnungen nutzen sollten, also die Bezeichnungen, die Minderheiten gern für sich selbst gebrauchen. Es gibt dafür das Glossar der *Neuen Deutschen Medienmacher*innen*, welches diese Selbstbezeichnungen aufführt, aktualisiert und das Interessierte sich auch als App herunterladen können. Dieses Glossar kann ich nicht genug loben.





Nun zu Ihrer Frage: Der von mir favorisierte Begriff „Plusdeutsche“ oder „Deutsche plus“ ist eine Selbstbezeichnung, die u. a. vom Kölner SPD-Politiker Tayfun Kelttek ins Spiel gebracht wurde. Ich finde an dem Begriff schön, dass er positiv klingt und offen ist. Er macht deutlich, dass wir alle eine Migrationsbiografie haben – denken Sie nur an Thilo Sarrazin, dessen Vorfahren als Hugenotten nach Deutschland kamen. Eins ist klar: Migration ist der menschliche Dauerzustand, der immer nur durch Perioden der Sesshaftigkeit unterbrochen wird.

Durch dieses Bewusstsein kann erreicht werden, dass Menschen mit einer kürzer zurückliegenden Migrationsbiografie nicht weiter als „anders“ und nichtdeutsch markiert werden und wir uns kollektiv mit einem „neuen Wir“ identifizieren.

Was bedeutet „das neue Wir“?

Für mich hat „das neue Wir“ zwei Bedeutungen. Erstens meint es die Summe aller Staatsbürger*innen einschließlich der Zugewanderten – ohne Fragen nach der Herkunft, bedingungslos. Zweitens ist es das Plädoyer für eine symbolische Überhöhung des „neuen Wir“, der kollektiven Identität der Staatsbürger*innen.

Ich wünsche mir beispielsweise einen „Tag der Neubürger*innen“ in Fußballstadien, wo viele Menschen zusammenkommen. Ich wünsche mir, dass der Islam und das Judentum in unseren Feiertagen abgebildet werden, weil diese Religionen ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung sind. Der Zulauf für Erdogans pantürkisches oder Putins panrussisches Modell zeigt übrigens, dass Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte durchaus Interesse an einer nationalen Identität haben. Und wenn die deutsche Staatsbürger*innen-Nation wirklich konsequent demokratisch

gedacht wird und es neue Staatsbürger*innen gibt, die eine solche nationale Identität als emotionalen Kit möchten, es aber lediglich Angebote von extrem rechts oder ihren Herkunftsländern gibt, wird es undemokratisch, ja paternalistisch, wenn der Tenor der – nennen wir sie: „progressiven – Mehrheit lautet: „Deutschsein bedeutet, nicht deutsch zu sein. Wir definieren uns nicht.“

Woher das bei den Progressiven kommt, ist klar – es liegt an der kollektiven Erfahrung des Nationalsozialismus. Wenn wir „Nation“ und „Emotion“ in einem Atemzug hören, denken wir ans Schlimmste – an Nürnberger Reichsparteitage und letztlich an Auschwitz. Gerade deshalb ist es wichtig, dass „das neue Wir“ nicht im Sinne einer unveränderlichen, essentialistischen Leitkultur verstanden wird. Über die Inhalte sage ich daher nichts. Diese müssen gemeinsam demokratisch ausgehandelt werden.

Und noch eine Abschlussfrage: Wie wird Ihr Buch von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen? Wird es als Unterstützung wahrgenommen?

Manche sehen das so. Andere haben es kritisiert. Sie sagen, dass das Buch zu „umarmend“, zu positiv sei und dass wir einen so massiven Rechtsdruck haben, dass die Minderheiten sich in ihre Communities zurückziehen, neue Kampfaktiken erarbeiten und dann härter in die Auseinandersetzung gehen müssten. Ich sehe das nicht als ausschließlich. Ich sehe uns als ineinandergreifende Flanken eines Kampfes.

Im Großen und Ganzen wurde das Buch jedoch positiv wahrgenommen. Die politische Lage ist so ernst, dass wir es uns gar nicht leisten können, gegeneinander zu spielen. Wir müssen Allianzen und Koalitionen bilden und Terrain zurückgewinnen. Es kann doch nicht sein, dass eine Minderheit von Neurechten die Diskurshoheit innehat und die Mehrheit der Anständigen vor sich hertreibt.

Sabrina Görisch¹

Bildungsreferentin im Projekt MIT:MENSCHEN

¹ Dieser Text wurde auf Basis des Interviews von Jan Weisbrod, Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, mit Professor Jan Plamper vom 13.03.2020 erstellt und behandelt einzelne Ausschnitte aus dem Interview. Die Interviewaussagen wurden gekürzt und sprachlich angepasst.

ERINNERUNGSKULTUR

JENSEITS VON GEDENKTAGEN UND SYMBOLIK

Am 27. Januar 1998 sagte der Doyen der Holocaustforschung Prof. Yehuda Bauer im Deutschen Bundestag anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus, „Deutsche und Juden“ seien voneinander abhängig:

„Ihr könnt die Erinnerungsarbeit nicht ohne uns bewältigen, und wir müssen sicher sein, dass hier, woher der Holocaust kam, eine alt-neue, humane, bessere Zivilisation auf den Trümmern der Vergangenheit entstanden ist. Wir zusammen haben eine ganz besondere Verantwortung gegenüber der gesamten Menschheit. [...] In dem Buch [jüdische Bibel], von dem ich schon sprach, stehen die Zehn Gebote. Vielleicht sollten wir drei weitere Gebote hinzufügen. Du, deine Kinder und Kindeskinde sollen niemals Täter werden. Du, deine Kinder und Kindeskinde dürfen niemals Opfer sein. Du, deine Kinder und Kindeskinde sollen niemals, aber auch niemals passive Zuschauer sein bei Massenmord, bei Völkermord und – wir hoffen, dass es sich nicht wiederholt – bei holocaust-ähnlichen Tragödien“ (Bauer 1998).

Es gibt wohl kaum ein historisches Ereignis, das bis heute die politische Kultur dieses Landes derart stark beeinflusst wie die Schoah/der Holocaust. Es ist die Einzigkeit oder – wie Yehuda Bauer sagt – die Präzedenzlosigkeit des Massenmords an den Jüdinnen und Juden ab Sommer 1941, die fabrikmäßige Tötung von Millionen Menschen, die jede Vorstellungskraft übersteigt und die die Aufarbeitung dieses Verbrechens in deutschem Namen bis heute zu einem überaus schwierigen Thema macht. Obgleich sich die bundesdeutsche Zeitgeschichtsforschung bereits seit den 1950er Jahren mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat, entstanden die Standardwerke zum Holocaust zunächst in den USA. Lange stand in der Bundesrepublik Deutschland die Täterforschung im Vordergrund. Schulbücher und Unterrichtseinheiten thematisierten – oft nur rudimentär – die Geschichte des Nationalsozialismus, die Opfer erschienen allenfalls als anonyme Masse.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde aus der „Volksgemeinschaft“ die Schicksalsgemeinschaft, die sich selbst als Gemeinschaft von Opfern inszenierte (Umerziehung, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft). Das jüdische Schicksal und die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden war kein Thema des Erinnerungsdiskurses. Im Gegenteil:

*Überlebende Jüdinnen und Juden wurden – und werden z. T. bis heute – als ständige Mahner*innen stigmatisiert, die „schuld“ daran seien, dass die Vergangenheit nicht vergessen werden könne.*

Ein erstes Umdenken in der alten Bundesrepublik erfolgte im Zusammenhang mit der sogenannten „Schmierwelle“ 1959/1960. Am 25. Dezember 1959 hinterließen zwei rechtsextreme Täter Hakenkreuzschmierereien und Graffitis mit antisemitischen Parolen („Juden raus“) an der erst kurz zuvor eingeweihten Kölner Synagoge. Die Tat löste eine antisemitische Schmierwelle aus. Bis zum 18. Februar 1960 wurden in der Bundesrepublik 617 solcher Vorfälle registriert (vgl. Schönbach 1961, 7). Dabei handelte es sich jedoch nur um die Spitze des Eisberges, denn alle antisemitisch motivierten Übergriffe, die nicht gemeldet oder erfasst bzw. als „Dummejungenstreiche“ eingestuft worden waren, wurden bei diesen statistischen Erhebungen nicht berücksichtigt. Die Dunkelziffer war hoch. Die meisten der gefassten Täter*innen kamen aus dem rechtsextremen Milieu (vgl. Diamant 1982).

Solche antisemitischen Übergriffe beschränkten sich allerdings nicht nur auf die Bundesrepublik, auch die DDR war davon betroffen. Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit verzeichneten für den Januar 1960 ähnliche Fälle in Leipzig, Berlin und Magdeburg. Insgesamt hatte das Ministerium des Innern der DDR für das Jahr 1960

Meldungen über 595 antisemitische Schmierereien erhalten (vgl. Timm 1997). Die Öffentlichkeit erfuhr davon allerdings nichts (vgl. Königseder/Wetzel).

Geschändete jüdische Friedhöfe und Mahnmale, Swastika-Schmierereien und verbale Angriffe auf jüdische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben in der Bundesrepublik immer wieder für Aufmerksamkeit gesorgt. Mit Friedhofsschändungen und Übergriffen auf andere Zeugnisse jüdischen Kulturerbes wollen die Täter*innen die Erinnerung zerstören und die Präsenz jüdischen Lebens leugnen. Anschläge auf Gedenkstätten haben neben dem Ziel, das Andenken der verfolgten Gruppen und insbesondere der Jüdinnen und Juden zu schädigen, auch und zuallererst die Funktion, das Gedächtnis an den nationalsozialistischen Völkermord auszulöschen.

Die antisemitischen Vorfälle in Köln, die erstmals die Problematik einer fehlenden Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung in Politik, Gesellschaft, Justiz, Kirche, Schule und Elternhaus offenlegten, haben durch ihr großes Medienecho, aber auch durch die Sorge der Regierung, im Ausland ein negatives Bild zu hinterlassen, zu einer Reihe von Initiativen geführt, die den Beginn einer intensiveren Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit markieren. Auch wenn im Mittelpunkt weiterhin die NS-Täter*innen standen, die historische Aufarbeitung sich in erster Linie um die Eliten drehte und die Perspektive der Opfer ebenso wie die Alltagsgeschichte noch weithin ausgeblendet waren, kann das Jahr 1959 als erster Wendepunkt der „Vergangenheitspolitik“ gelten.



Erst die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“, die 1979 in der Bundesrepublik ausgestrahlt wurde – allerdings interessanterweise nur in den dritten Programmen –, führte tatsächlich zu grundlegenden Veränderungen im Umgang mit der Vergangenheit. Die TV-Geschichte der Familie Weiß wurde zu einem Wendepunkt, der neben dem rationalen Umgang mit der NS-Geschichte nun endlich auch Empathie mit den Opfern möglich machte. Dies war gleichzeitig der Beginn einer Lokalgeschichtsbewegung, einer Geschichtsschreibung „von unten“. Zahlreiche Geschichtswerkstätten entstanden, die mit ihren Interviewprojekten das Schicksal der Verfolgten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machten. Zeitzeug*innen wurden in Schulen eingeladen und berichteten von ihren Erlebnissen. Mit der „Erinnerungsliteratur“ entstand ein neues Genre. Manche NS-Verfolgte hatten in Form von Niederschriften schon sehr früh Zeugnis abgelegt; die Rezeption solcher Zeugenschaft blieb aber lange Zeit auf Historiker*innen und ein kleines interessiertes Publikum beschränkt.

In der DDR standen die „Kämpfer*innen gegen den Faschismus“ im Vordergrund, die „Opfer des Faschismus“ hingegen erfuhren nur wenig Empathie und gerieten bereits in den 1950er Jahren, als der Antizionismus, also der israelbezogene Antisemitismus, zur Staatsdoktrin der DDR wurde, ins Fadenkreuz negativer Zuschreibungen. Der damalige Vorsitzende der Ostberliner Jüdischen Gemeinde, Peter Kirchner, konstatierte nach der Wende: „Wenn ein heranwachsender Jugendlicher fast täglich – aus politischen Gründen – mit negativen Daten über die israelischen Juden gefüttert wird, kann er kaum umhin, diese negative Zeichnung auch auf die Juden in seiner Umgebung zu übertragen“ (Mertens 1995, 98). Der ostdeutsche Historiker Olaf Groehler (1995) hat in der ersten Hälfte der 1990er Jahre den „Umgang mit der ‚Reichskristallnacht‘“ in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR untersucht und deutlich gemacht, dass die ersten Gedenkveranstaltungen zwar den jüdischen Opfern gewidmet waren, aber bereits 1948 das Ziel, „jüdische Verfolgung politisch zu instrumentalisieren“, im Vordergrund gestanden habe. Auch in der Folgezeit wurde den jüdischen Opfern am Jahrestag der Novemberpogrome gedacht, die Betonung

lag aber stets auf den „imperialistischen“ Ursachen des „deutschen Faschismus“, der – ebenso wie der Antisemitismus – nur durch eine völlige Umstrukturierung der Gesellschaft überwunden werden könne.

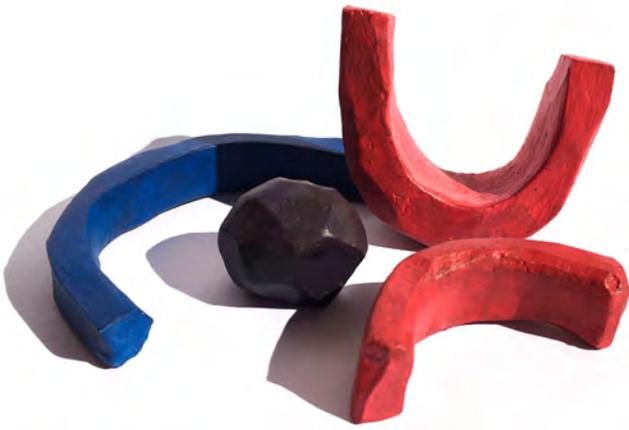
Im Ausland wird die Bundesrepublik Deutschland für ihre Erinnerungskultur gelobt und dabei nicht selten auch überhöht, weil der Blick von außen nicht immer der Realität entspricht.

Als der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 anlässlich des 40 Jahre zurückliegenden Kriegsendes seine bedeutende und bis heute nachwirkende Rede hielt, in der er von der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus sprach und dafür plädierte, die „Vergangenheit anzunehmen“, gab es heftige Kritik aus den rechtskonservativen Reihen, die eine so deutliche Thematisierung der „Schuld“ der Deutschen nicht akzeptieren wollten. Für sie war der 8. Mai 1945 kein Tag der Befreiung, sondern der alliierten Besatzung (vgl. Weizsäcker 1985). Die überaus positive Resonanz auf die Rede überwog aber, was nicht zuletzt auch die Tatsache beweist, dass das Redemanuskript zwei Millionen Mal gedruckt wurde.

Zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Januar 2020 war das Gedenken an den Holocaust noch einmal besonders präsent. Die Medien und führende Persönlichkeiten des bundesdeutschen Establishments haben bei verschiedenen Gelegenheiten Reden gehalten. Besonders eingepägt haben sich die Ansprachen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, in Auschwitz und im Deutschen Bundestag die Erinnerung an den Holocaust mit der deutschen Schuld verband: „Weil ich dankbar bin für das Wunder der Versöhnung, stehe ich vor Ihnen und wünsche, sagen zu können: Unser Erinnern hat uns gegen das Böse immun gemacht. Ja, wir Deutsche erinnern uns. Aber manchmal scheint es mir, als verstünden wir die Vergangenheit besser als die Gegenwart. Die bösen Geister zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr antisemitisches, ihr völkisches, ihr autoritäres

Denken als Antwort für die Zukunft, als neue Lösung für die Probleme unserer Zeit. Ich wünschte, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten“ (Steinmeier 2020a).

ERINNERN



Auch am 13. Februar 2020, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, hat Steinmeier der rund 25 000 Toten gedacht, zugleich aber vor unlauteren, den Holocaust trivialisierenden Gleichsetzungen gewarnt: „Wer heute noch die Toten von Dresden gegen die Toten von Auschwitz aufrechnet; wer versucht, deutsches Unrecht kleinzureden; wer wider besseres Wissen historische Fakten verfälscht, dem müssen wir als Demokrat*innen die Stirn bieten, dem müssen wir laut und entschieden widersprechen!“ (Steinmeier 2020b).

Die Gleichsetzung der Bombardierung deutscher Städte mit dem Holocaust ist eine Form des sogenannten sekundären Antisemitismus, des „Antisemitismus wegen Auschwitz“. Er speist sich aus Gefühlen der Schuld- und Schamabwehr und richtet sich gegen Entschädigungs- und Wiedergutmachungszahlungen, er artikuliert sich in Schlussstrichforderungen und einer Abwehr der Auseinandersetzung mit dem Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden. Antisemitismus wegen Auschwitz gipfelt in einer Schuldprojektion auf „die Juden“. Jüdinnen und Juden würden die Deutschen angeblich ständig an die NS-Verbrechen erinnern und somit vermeintlich „Normalität“ verhindern. Diese Form des Antisemitismus wird in aktuellen Debatten häufig auf Israel übertragen. Insofern ist die Erinnerungskultur in Deutschland heute nicht frei von Zuschreibungen, die „den Jüdinnen und Juden“ und synonym „den Israelis“ die Verantwortung dafür geben, dass die Deutschen angeblich keinen „normalen“ Umgang mit ihrer Geschichte pflegen könnten.

Der Nationalsozialismus und der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden sind nicht nur Teil der jüngsten deutschen Geschichte, sondern sie sind weit mehr als das. Sowohl die aktuelle deutsche Innenpolitik wie auch – vielleicht noch viel mehr – die Außenpolitik werden davon beeinflusst. Trotz der unzähligen Forschungsprojekte der letzten Jahrzehnte und der daraus entstandenen Literatur haben Kenntnisse über die zum Teil komplexen Sachverhalte, die die verschiedenen Phasen der NS-Judenverfolgung in Europa kennzeichnen, manches Mal noch nicht einmal jene erreicht, die sich juristisch mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen müssen.

Da die Erinnerungskultur einem ständigen Wandel unterliegt und von Generation zu Generation neu justiert werden muss, gilt es die aktuellen Wissensbedürfnisse immer wieder neu anzupassen. Dies betrifft Schule, außerschulische Bildungseinrichtungen, aber auch Medienschaffende und die Justiz. Keinesfalls wird die Erinnerung sterben – so häufig die Behauptung –, wenn die Zeitzeug*innen nicht mehr unter uns sind. Die zahlreichen Interviewprojekte sowie die breite Erinnerungsliteratur werden die Stimmen, die Zeugnis abgelegt haben, nicht verstummen lassen.

Es gibt unterschiedliche Erinnerungsnarrative, die durchaus nebeneinander ihre Existenzberechtigung haben, solange sie nicht historische Tatsachen verzerren oder gar leugnen und nicht die Absicht verfolgen, das in deutschem Namen begangene Unrecht, das im Holocaust mündete, auszublenden und damit die Erinnerungskultur grundlegend zu verändern. Rechtsextremist*innen und mindestens Teile der AfD verfolgen genau dieses Ziel. Sie wollen eine 180-Grad-Wende und reaktivieren den Begriff des „Schuldskults“ der rechtsextremen Szene der 1980er Jahre. Die Zivilgesellschaft und die demokratischen Parteien sind aufgefordert, diesem Bestreben Einhalt zu gebieten. Nicht nur Nichtregierungsorganisationen, sondern auch Stadt- und Länderparlamente haben Konzepte erarbeitet, wie die Erinnerungskultur den heutigen Bedürfnissen angepasst werden und auch die jüngere Generation erreichen kann.

Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der der rechtspopulistische Diskurs bis in den Bundestag hineinreicht und antisemitische Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund einen Höchststand erreicht haben. Insgesamt registrierte die Polizei etwa in Brandenburg seit 2013 533 antisemitische Straftaten, wobei zehn Fälle radikalen Islamist*innen zuzuordnen sind. Bei neun Straftaten sind die Motive unklar. Die überwiegende Mehrheit, 514 Fälle (96 %), ist laut Polizeiangaben einem rechtsextremistischen Hintergrund zuzuordnen; antisemitische Übergriffe, die sich aus einem nicht-rechtsextremistischen, israelbezogenen Antisemitismus speisen, sind hingegen selten (vgl. Antisemitismus in Brandenburg 2019). Bei den Straftaten überwiegen Volksverhetzung und Propagandadelikte, der Holocaust und die Erinnerung daran werden verharmlost oder gar geleugnet.

In Brandenburg leben heute kaum noch Jüdinnen und Juden, insofern ist dieses Bundesland ein gutes Beispiel dafür, dass Antisemitismus ohne Jüdinnen und Juden existiert, also Vorurteile und Ressentiments auf Verschwörungstheorien und Gerüchten basieren, die fern jeder Realität sind.

Neu sind diese Entwicklungen nicht, sie reichen auch weit in Brandenburgs Geschichte zurück, in der es immer wieder zu Judenverfolgungen kam, wie etwa die Beelitzer Chronik von 1247 berichtet. Jüdinnen und Juden wurden bereits in dieser frühen Zeit beschuldigt, eine Hostienschändung („Beelitzer Wunderblut“) begangen zu haben; die erste Legende dieser Art im deutschsprachigen Raum. Zeiten relativer Sicherheit wurden immer wieder von Zeiten der Bedrohung und Verfolgung abgelöst. Deshalb gilt es nicht nur an den Holocaust zu erinnern, sondern auch seine Vorgeschichte nicht aus den Augen zu verlieren und die Judenfeindschaft in ihrer gesamten Bandbreite zu reflektieren.

Juliane Wetzel
Historikerin und Mitarbeiterin des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bauer, Yehuda (1998):

Gedenkrede für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 1998 im Deutschen Bundestag. URL: <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/bauer/rede-247412> (27.3.2020).

Diamant, Adolf (1982):

Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt am Main.

Groehler, Olaf (1995):

Zur Gedenkstättenpolitik und zum Umgang mit der Reichskristallnacht in der SBZ und DDR (1945-1988). In: Bergmann, Werner et al (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main, S. 285-301.

Königseder, Angelika/Wetzel, Juliane (2018):

Antisemitismus und Antifaschismus in der DDR. Kritische Betrachtungen zum Forschungsstand. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel. Berlin, S. 204-231.

Mertens, Lothar (1995):

Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.) Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München, S. 89-100.

Schönbach, Peter (1961):

Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60. Frankfurt am Main.

Steinmeier, Frank-Walter (2020a):

Ansprache in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. URL: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/01/200123-Israel-Yad-Vashem.html> (27.3.2020).

Steinmeier, Frank-Walter (2020b):

Gedenkrede zum 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens. URL: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/02/200213-Dresden-Gedenken-Bombardierung.html> (27.3.2020).

Timm, Angelika (1997):

Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V./Bundesverband der

Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Hrsg.) (2019): Antisemitismus in Brandenburg. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2019-08-15_rias-bund_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Brandenburg.pdf (27.3.2020).

Weizsäcker, Richard von (1985):

Rede zum Kriegsende 1985. URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/217619/richard-von-weizsaeckers-rede-zum-kriegsende-1985>. (27.3.2020).

HABEN SIE DAS GEWUSST?

Eine Reise durch die Beziehungsgeschichte Brandenburgs mit dem Nahen und Mittleren Osten

Bronzezeit (3000 v. Chr.)

Die erste bekannte Hochkultur entwickelte sich um 3000 v. Chr. zwischen Euphrat und Tigris, auf dem Gebiet des heutigen Irak. Bewohner*innen dieser „Zweistromland“ genannten Region beherrschten bereits die Buchführung, ausgeübt in Keilschrift auf Tontafeln. Keilschriftsysteme verbreiteten sich schnell, wie auch die von den Menschen aus Babylon und Ägypten entwickelte Technik aus dem Schlamm ihrer Flüsse Ziegel zu formen.

Auch unsere, die brandenburgische Baukultur beruht auf Buchführung, Ton und dem Bau mit Back- und Ziegelstein. Hierzulande konnten wie im Irak keine natürlichen Steine abgebaut werden, weshalb künstliche Steine erzeugt wurden. In Brandenburg und im Irak war dieses Baumaterial von zentraler Bedeutung und prägte die Kulturlandschaft.

Hochmittelalter/Zeit der Kreuzzüge (1095/99 bis 13. Jh.)

Der Ursprung der Klöster, die seit der Christianisierung der brandenburgischen Kulturlandschaft ihr architektonisches Gesicht geben, liegt in Syrien und Ägypten.

Während des Frühchristentums verließen dort Menschen christlichen Glaubens ihre Wohnorte, um in der Einsamkeit ein zurückgezogenes Eremitenleben zu führen. In Gottesbetrachtung und Gebet versunken, lebten sie nach einer geregelten Tagesplanung und in vielerlei Hinsicht enthaltsam. Diese Bescheidenheitsregeln setzten sich jedoch nur bedingt in den mittelalterlichen Klöstern Brandenburgs fort.

Frühe Neuzeit (14. Jh. bis 19. Jh.)

Paul Ernst Jablonski begründete im 16. Jahrhundert als Universitätsprofessor die Ägyptologie an der Brandenburgischen Universität Frankfurt. Wie andere Bereiche der Orientalistik diente sie anfangs primär der Bibelpilologie. Heute stellt sich die Ägyptologie als moderne Spezialwissenschaft zu allen wichtigen Aspekten der altägyptischen Hochkultur dar.

Aufklärung (1650 bis 1800)

Der in Brandenburg im 18. Jahrhundert regierende Friedrich der Große war nicht der erste „Große“. Dieser Beinamen war bereits im alten Ägypten Huldigungsformel für Götter. Deshalb nannten die Menschen in Ägypten den Thronfolger des Pharao „Horus im Nest“, was auch gelegentlich im Hause der Hohenzollern vorkam.

Christoph Wunnicke
Autor des Films „Halbmond
über Brandenburg – Die Mark,
der Nahe Osten und der Islam“

Zeit des Ersten Weltkrieges (1914 bis 1918)

Während des Ersten Weltkrieges gab es in Wünsdorf, einem Ortsteil der Stadt Zossen im Landkreis Teltow-Fläming, das sogenannte „Halbmondlager“, ein Kriegsgefangenenlager für muslimische Gefangene. Hier wurde am 13. Juli 1915 die erste Moschee auf deutschem Boden eingeweiht. Sechs indische Gefangene aus diesem Lager begleiteten außerdem 1915 den deutschen Diplomaten Werner Otto von Hentig, dessen Vater 1852 in Luckenwalde zur Welt kam, auf einer geheimen Mission nach Afghanistan. Als Legationsrat sollte er dort indische Fürsten im afghanisch-indischen Grenzgebiet gegen die britische Herrschaft aufwiegeln. Diese Reise über Konstantinopel, Persien und Afghanistan bis China ging als „Niedermayer-Hentig-Expedition“ in die Geschichte ein.

Zeit des Zweiten Weltkrieges (1939 bis 1945)

Der gebürtige Gartzler Fritz Grobba, während des Ersten Weltkrieges kurzfristig Schriftleiter der „Mitteilungen des Bundes der Asienkämpfer“, wurde 1932 deutscher Gesandter im Irak. Hier handelte er eine Militär- und Ausbildungshilfe zwischen beiden Ländern aus und verfasste außerdem eine arabische Kurzfassung von Hitlers „Mein Kampf“.

Im Jahr 1941 wurde er „Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für die arabischen Länder“ und unterstützte im April desselben Jahres den panarabischen, deutschfreundlichen und antisemitischen Putsch durch Rashid al Gaylani und den Mufti von Jerusalem. Über 100 irakische Jüdinnen und Juden wurden ermordet, bevor sich kurz darauf die britische Kolonialmacht durchsetzte und Grobba, al Gaylani wie auch der Mufti von Jerusalem das Land verlassen mussten und nach Berlin gingen.

DDR (1949 bis 1990)

Mitte Juli 1958 stürzte, so das SED-Blatt „Neues Deutschland“, ein Volksaufstand im Irak die prowestliche Diktatur, während eine neue, „antiimperialistische und antifeudale“ Regierung unter Ministerpräsident Abd al-Karim Kassem an die Macht gelangte. In Potsdam erhoben wenige Tage später vor der amerikanischen und englischen Militärmission „tausende Werktätige“ die Forderung nach sofortiger Beendigung der „angloamerikanischen Interventionen“ im Nahen Osten.

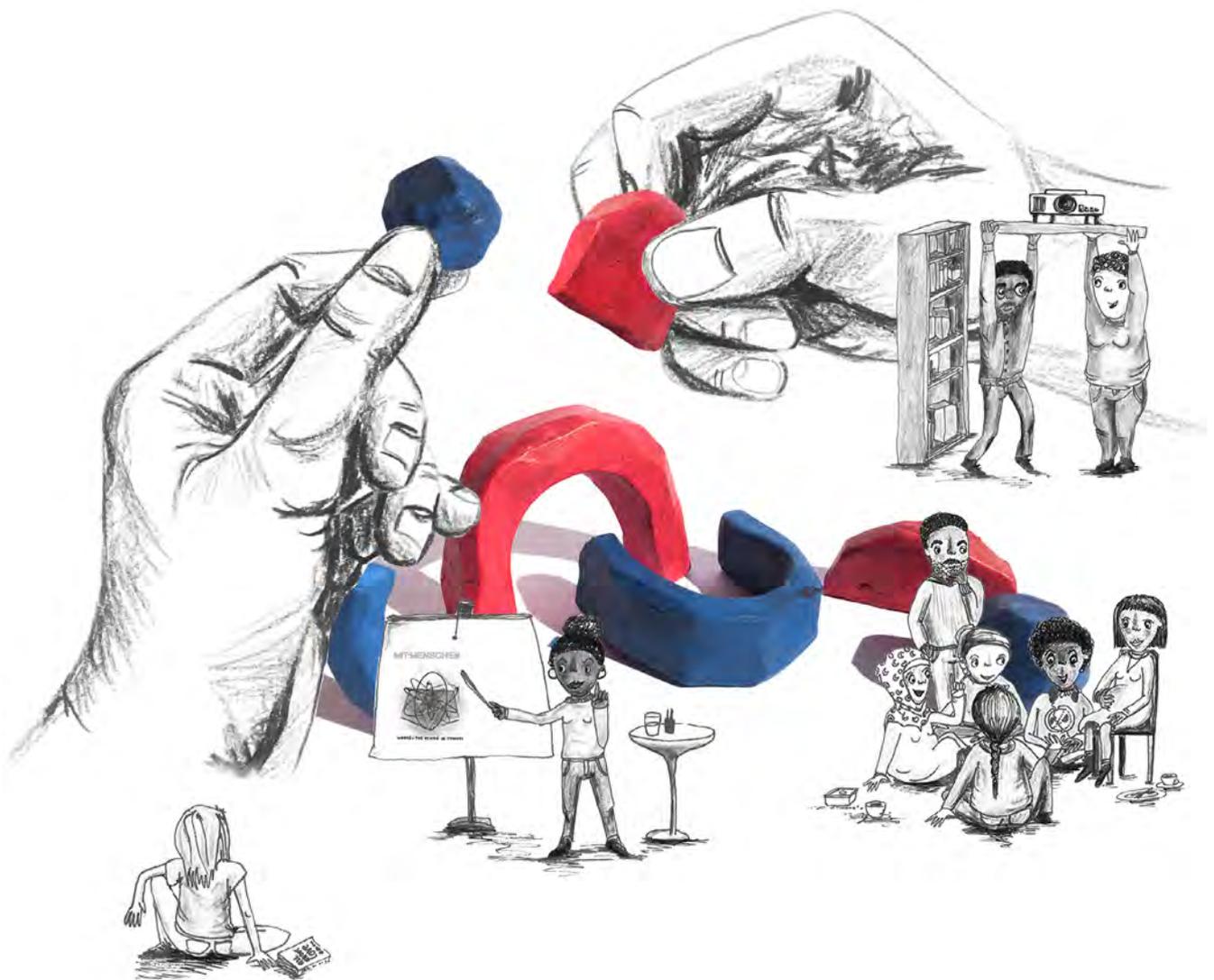
1990 bis heute

Jahrzehnte später waren unter anderem Soldaten aus der Bundeswehrekaserne in Prenzlau in Afghanistan im Einsatz. Seit Jahren kommen viele Menschen aus Afghanistan und anderen islamisch geprägten Ländern aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland und auch nach Brandenburg. In Brandenburg entstehen neue Moscheegemeinden, muslimische Vereine und Vertreter*innen der muslimischen Glaubensgemeinschaft sind zunehmend im Landesintegrationsrat tätig.

2

MIT:MACHEN

Offenheit und
kulturelle Vielfalt stärken



ZUGEHÖRIGKEIT MAL UNGEHÖRIGKEIT

Die Poets of Migration auf Tour durch postdeutsche Seelenlandschaften

Die Poets of Migration (POEM), gegründet von Wolfgang Farkas, Ok-Hee Jeong und mir, sind ein literarisches Kollektiv, das mit wechselnden Autor*innen zusammenarbeitet. POEM veranstaltet literarische Shows mit Lesungen, Videoclips, Interviews, Soundtracks. Unsere Geschichten handeln von Herkunft und Zukunft, Flucht und Aufbruch, Persönlichem und Gesellschaftlichem. Der Grundgedanke ist: Hinter jeder Migration steht eine Utopie, die nicht in politischen Programmen, sondern in Erzählungen lebendig wird. Heimat ist für uns manchmal nur eine Bühne, ein Mikro – und eine Menge gut gelaunter Leute. So weit, so gut. Aber woher stammt der POEM-Impuls, und in welchen gesellschaftlichen Feldern bzw. Befindlichkeiten kommt er zur Geltung?

Ich kann nicht stellvertretend für POEM schreiben, denn dazu sind unsere Ansätze zu individuell, doch kann ich einige persönliche Reflexionen beitragen. Während es in unseren vorherigen migrationsliterarischen Projekten darum ging, der Gastarbeiter*innengeneration unserer Familien eine Bühnenstimme zu geben, beschäftigt sich POEM mit der Dekonstruktion des Migrationsbegriffs. Wie öffentliche Debatten immer wieder zeigen, wird Migration nämlich nicht in erster Linie politisch oder poetisch, sondern vor allem im Zusammenhang von Willkommenskultur oder Überfremdungswarnung, Kulturbereicherung oder Integrationsproblematik verhandelt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass es hierbei um ein grundsätzliches Legitimationsdilemma des Nationalstaats geht, der ja weiterhin „national“ definiert bleibt, ob er nun völkisch oder multikulturell gestaltet wird.

Ein „weltoffenes Deutschland“ bleibt Deutschland und wird nicht zu *Mondänien* umbenannt. Das Dilemma wird in Bereichen deutlich, die nicht zum Zuwanderungsthema zählen, etwa die sogenannte „deutsch-deutsche Debatte“, in der die DDR-Identität im Gegensatz zur Zugewandertenidentität nicht kulturell verstanden wird. Bei den einen „Problembürger*innen“ heißt es, man müsse sie „ins Boot geholt“ werden, bei den anderen heißt es, „das Boot ist voll“. Und rechtsradikale Migrant*innen (von Grauen Wölfen bis zu Islamist*innen) werden kulturell nach außen verortet, während rechtsradikale Stammdeutsche politisch und „innerlich“ bekämpft werden.

Wenn eine rechte Partei hierzulande über 20 % holt, herrscht demokratische Schnappatmung. Von „rechter Überfremdung“ hat man aber noch nie gehört. Oder nehmen wir den Begriff der Migrationsliteratur: Dessen ideologische Färbung wird schon dadurch deutlich, dass nur bestimmte – ethnisch definierte – und nicht etwa literarische Zuwanderer*innen wie Günter Grass zum Genre zählen. Refugees welcome.

Diese politisch-kulturellen Widersprüche adressiert POEM mehr oder weniger explizit in zahlreichen Bühneninszenierungen. Wir tun das, indem wir die identitären Erwartungen brechen – allein schon dadurch, dass nicht alle Autor*innen zum üblichen literarischen Migrationspersonal zählen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass sich in den Erzählungen, die Identitätsfragen berühren, auch viele Zuschauer*innen angesprochen fühlen, die selbst keinen Migrationshintergrund haben. Dabei geht es nicht um die vorschnelle Verallgemeinerung, dass „wir alle“ irgendwie Migrant*innen seien (was bisweilen zur Opferaneignungsrhetorik führen kann, nach dem Motto: Was wollt ihr denn? *Wir* haben auch gelitten!), sondern eher um ein Umschwenken des Bewusstseins, dass Menschen sich nämlich als Zuhörer*innen am Ende dort wiederfinden, wo sie sich anfangs gar nicht vermuteten.



Diese Art der Zuschauer*innenreaktion nach Lesungen ist für mich das Zeichen, dass wir die enge „Kultur“, von der aus wir gestartet sind, gemeinsam überwunden haben und nun etwas weiterdenken als zuvor. „Kultur“ in diesem spezifischen Sinne ist nämlich keine Lösung, sondern das Problem. Ich, als in Jugoslawien geborener Autor, spreche hier nicht von der Warte eines postjugoslawischen Nihilismus, dem Aufgang des Nationalen aus den Trümmern einer gescheiterten Utopie usw., sondern als jemand, dem der eigene Text bisweilen ebenso fremd anmutet wie der Person, die im Publikum sitzt und sich ihn zum ersten Mal anhört. Wenn man verstanden wird, wenn ein Gedanke, ein Bild bei der*dem anderen, bei der*dem Fremden gegenüber ankommt, dann ist es für mich, wie wenn eine neue Sonne aufgeht. Und das ist sowohl ein literarischer wie auch ein politischer Gewinn. Neue Formen von Bezug und Beziehung herzustellen, die nicht vom Phantasma einer primordialen Gemeinschaft beherrscht werden, ist ein wichtiger Ausgangs- und Motivationspunkt jeder Form des künstlerischen Schaffens. Wenn Paul Klee über die Arbeit der Bauhaus-Künstler*innen schreibt, dass es ihnen darum gehe, „ein Volk zu finden“, dann schreibt er nicht über nationale Grüppchenbildung, sondern über eine neue Form des Bezugs, der über Eigen-, Selbst- und Fremdbezug hinausgeht. Projekte wie POEM stehen aus meiner Sicht in dieser Tradition. Die Autor*innen von POEM verfolgen unterschiedliche autobiografische Ansätze, allerdings gibt es Konstanten. Zwei Konstanten sind:

Identität als Frage und nicht als Antwort

Es geht z. B. nicht darum, mit Hilfe der Erzählung ein Subjekt der deutschen Geschichte zu werden oder irgendwie „dazugehören“ zu wollen. Das Neu-Deutsche ist nicht unser Thema. Aus künstlerischer oder literarischer Perspektive geht es im Gegenteil gerade darum, Zugehörigkeit in Frage zu stellen. Es geht darum, ethische und nicht ethnische Parallelgesellschaften zu begründen, die eben nicht von Kulturideologie oder überzeitlichen Banden getragen sind. Früher wurde diese Aushebelung „Subkultur“ genannt. Aber mit dem Untergrund haben wir auch nichts zu tun. Wir wollen stattdessen eher so etwas wie ein *surrealer Mainstream* sein.

Anti-Archivismus

Die Geschichte der Arbeitsmigration wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Studien untersucht. Es existiert eine Reihe von Zeitzeug*innenarchiven, Onlineportalen und dokumentarischen Projekten. POEM will keine neuen Archive der Arbeitsmigration schaffen oder Probleme „aufzeigen“. Wir wollen keine Daten erfassen. Wir wollen keinen Chor der Zeitzeugenschaft zum Singen bringen, der vor der Kulisse des „German Gedächtnis“ herumtanzt. Die Paradoxien und Widersprüche deutscher Identität werden oftmals im historischen Bruch und gleichzeitigen Bezug zum Nationalsozialismus dargestellt. Und das ist in der Tat sehr deutsch. Die Geschichten der Einwander*innen beziehen den Horizont deutscher Befindlichkeit mit ein, sind daher von sich aus schon keine „reinen“ Migrationsgeschichten. Aus dieser Perspektive folgt POEM keinem dokumentarischen Schema der Anteilnahme.

*Gegenwart kann nur geschrieben werden, indem die offizielle Geschichte entobjektiviert wird und ihre identitären Gewissheiten über den Haufen geworfen werden. Einwander*innen oder Nichtmuttersprachler*innen sind keine besonderen Anschauungsobjekte, keine „Freaks“ der nationalen Geschichtsschreibung, sondern eine totale Normalität.*

Ihre Zeug*innenschaft ist auch nicht ein „wichtiger Teil“ deutscher Geschichte, sondern umgekehrt: Deutsche Geschichte ist Teil einer übergeordneten internationalen Geschichtlichkeit, deren Haupteigenschaft die Bewegung ist. Wir wollen aus dieser Perspektive Geschichte als literarische Aneignung verstehen, als Praxis, die etwas in Bewegung setzt. Das Ich, das uns leitet, ist ein Enteilendes. POEM bedeutet zuletzt auch: *Poets of Movement*.

Zoran Terzić
Autor und Mitbegründer
der Poets of Migration

MIT KLARER HALTUNG FÜR MEHR VIELFALT

Eine Vorstellung von Gegenargument

Was ist eigentlich Gegenargument und wie sieht das Angebot aus?

Gegenargument ist ein Zusammenschluss von sieben Trainer*innen aus der politischen Bildungsarbeit. Wir haben alle in unterschiedlichen Kontexten Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung gesammelt. Aus all diesen unterschiedlichen Perspektiven ist vor zehn Jahren das Konzept „Gegenargument“ entstanden, zunächst als „klassisches“ Argumentationstraining gegen rechte Parolen. Mittlerweile haben wir sowohl inhaltlich als auch konzeptionell zahlreiche Weiterentwicklungen vorgenommen. Zum einen bieten wir mit großem Erfolg Trainings an, die sich explizit gegen Antifeminismus richten, zum anderen richten wir regelmäßig Webinare aus, die den Fokus stärker auf die Auseinandersetzung mit rechten, rassistischen und antifeministischen Positionen im Netz legen.

Was ist das Ziel der Arbeit, wofür setzt sich Gegenargument ein?

Wir verstehen unsere Arbeit als Beitrag zu einer menschenrechtsorientierten, demokratischen Gesellschaft, in der allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe und Zugänge möglich sind, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres sozialen Status oder Geschlechts, ihrer Sexualität, ihrer Religion oder Hautfarbe. Uns ist bewusst, dass in unserer Gesellschaft an zahlreichen Stellen Ausschlüsse vollzogen werden, hinter denen gesellschaftliche Durchsetzungsmacht steht. Von zahlreichen Akteur*innen in dieser Gesellschaft werden derartige Diskriminierungsmechanismen nicht hinterfragt oder – noch problematischer – häufig sogar befürwortet. Unsere Arbeit soll Menschen in die Lage versetzen, sich argumentativ gegen derartige Positionen zur Wehr setzen zu können und so die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken. Gleichzeitig geht es uns aber nicht nur um ein

bloßes „Dagegen“, sondern auch darum, die eigene Haltung der Teilnehmenden zu stärken und bspw. das selbstbewusste Eintreten für feministische Positionen zu trainieren.

Wie läuft ein klassisches Argumentationstraining ab?

Unsere Trainings setzen sehr stark auf methodische Abwechslung und vor allem darauf, mit Hilfe von interaktiven Methoden an Situationen und Herausforderungen aus dem beruflichen und/oder privaten Alltag der Teilnehmenden zu arbeiten. Unsere Trainings bieten die Möglichkeit, in einem geschützten Raum konkrete oder beispielhafte Situationen wie unter einer Lupe zu analysieren. Eine grundlegende Aussage unserer Trainings ist: „Jede Situation und jede Person ist anders.“ Uns ist wichtig zu betonen, dass wir keine Patentlösungen anbieten, sondern den Teilnehmenden einen Lernraum eröffnen, in dem sie eigene Strategien reflektieren sowie neue Strategien entwickeln und erproben können. Bevor es aber ans konkrete Ausprobieren geht, stellen wir uns in den Trainings immer die Frage, in welchen Situationen eine Diskussion überhaupt zielführend und gewinnbringend sein kann und in welchen Fällen eher eine kurze und klare Positionierung möglicherweise sogar einen größeren Effekt haben kann. Wir analysieren also immer wieder die einzelnen Stellschrauben von Situationen, in denen rassistische und diskriminierende Aussagen getätigt werden, und reflektieren mögliche Handlungsoptionen.



Welche Reaktionsmöglichkeiten habe ich denn, wenn jemand etwas Rassistentes sagt?

Wie schon gesagt, gibt es hier kein Patentrezept. Es macht beispielsweise einen riesigen Unterschied, ob ein*e extrem rechte*r Funktionär*in einer Partei den Zuzug von Geflüchteten für steigende Mieten verantwortlich macht oder ob dies eine Person sagt, die von Transferleistungen lebt und von Wohnungsverlust bedroht ist. Während im ersten Fall eine Diskussion vermutlich wenig auslöst und möglicherweise sogar „nach hinten losgeht“, kann das Gespräch mit der zweiten Person eventuell dazu führen, dass eine Reflexion über den rassistischen Gehalt der Aussage in Gang gesetzt wird. Wichtig ist auch immer, sich klar zu machen, was für mich in dem jeweiligen Moment das Ziel ist. Will ich die andere Person überzeugen? Will ich meinen eigenen Standpunkt deutlich machen? Will ich Solidarität mit Betroffenen zeigen oder ist es eine Situation, in der mein Eigenschutz vorgeht und ich lieber die Polizei rufe, anstatt selbst zu widersprechen?

Doch auch wenn das alles höchst individuelle Fragen sind, halten wir es für unabdingbar, dass menschenverachtende und diskriminierende Positionen im öffentlichen Raum nicht unwidersprochen bleiben. Und dafür brauche ich weder fundiertes Fachwissen noch eine besondere Schlagfertigkeit, ein wenig Mut und Übung reichen schon. In unseren Übungen „Aufstehen und sich positionieren“ und „Powersätze“ üben wir genau dies und ermuntern die Teilnehmenden, sich auf Situationen vorzubereiten und sich etwas zurechtzulegen. Ein Satz wie: „Das war diskriminierend, darauf habe ich keinen Bock“ ist beinahe immer eine passende Reaktion. Sich so einen Satz für sich zurechtzulegen und sich vorzunehmen, diesen beim nächsten Mal zu sagen, das ist schon ein ganz wichtiger Schritt.

„Mit Rechten reden?“ Sollte man das tun?

Natürlich geht es darum, dass rechte und rassistische Aussagen nicht öffentlich stehengelassen werden, ihnen inhaltlich und auch durch andere Gegenaktionen entgegengetreten wird. Aber das darf nicht damit verwechselt werden, dass es irgendeinen Mehrwert böte, wenn man einem Faschisten ein Podium bietet und ihm damit die Gelegenheit gibt, seine völkischen und rassistischen Ansichten zu verbreiten. Unser Ansatz, rechten, antifeministischen und anderweitig diskriminierenden Haltungen etwas entgegenzusetzen, hat da seine Grenzen, wo im Gespräch Grundsätze wie die Menschenwürde oder -rechte verletzt und infrage gestellt werden. Das sind unverhandelbare Standards und wenn ein*e Gesprächspartner*in dies nicht akzeptiert, dann muss man sich fragen, warum ein solches Gespräch geführt werden sollte. Oftmals sehen sich Menschen, die derart handeln, dem Vorwurf ausgesetzt, selbst ausgrenzend, gar antidemokratisch zu handeln. Das ist eine beliebte argumentative Figur, die von Parteien wie der AfD oft angewendet wird. Es wird versucht, Kritik an menschenverachtenden Äußerungen zu delegitimieren, indem man sich selbst als Mitte inszeniert und die dauerhaft ausgeführten rechten Tabubrüche versucht, als legitimen Teil eines demokratischen Diskurses zu setzen (vgl. Häusler 2018). Dieser Strategie sollte nicht auf den Leim gegangen werden, sondern weiterhin darauf bestanden werden, dass Menschenverachtung und Rassismus niemals als ganz normale Positionen unter vielen behandelt werden. Wer nicht bereit ist, sich von antidemokratischen und diskriminierenden Haltungen zu distanzieren, der*die wird nicht in die rechte Ecke gestellt, sondern hat sich da ganz freiwillig hinbegeben und möchte offenbar auch dortbleiben. Solange dies so ist, haben wir wenig Hoffnung auf einen konstruktiven Dialog, sondern würden hier – nicht zuletzt mit Blick auf mögliche Zuhörende – zu lautem und deutlichem Widerspruch ermuntern.



Für wen sind Argumentationstrainings geeignet?

Unsere Trainings richten sich an alle Menschen, die sich in ihrem privaten oder beruflichen Umfeld gegen (extrem) rechte, rassistische, antifeministische oder anderweitig diskriminierende Aussagen positionieren wollen. Vorkenntnisse oder besondere Erfahrungen sind hierbei überhaupt nicht notwendig, da wir in unseren Trainings sehr individuell auf die einzelnen Teilnehmenden eingehen und versuchen, gemeinsam möglichst passende Argumentations- und Handlungsstrategien zu entwickeln. Wichtig ist uns noch einmal zu erwähnen, dass unsere Trainings zwar empowernde Momente haben, sich aber aufgrund der Tatsache, dass in den Trainings Rassismus und Diskriminierung thematisiert und ausgesprochen werden, um das „Dagegen-Argumentieren“ zu üben, an einigen Stellen von klassischen Empowerment-Trainings unterscheiden. Auch wenn wir einen möglichst sensiblen Umgang mit der Reproduktion von Diskriminierung anstreben, lassen sich potentielle Trigger leider nicht vermeiden.

Ausblick: Angesichts des derzeitigen Erstarkens rassistischer Haltungen in den europäischen Gesellschaften und nicht zuletzt hier bei uns in Deutschland halten wir es für dringend notwendig, dass solidarische und menschenrechtsorientierte Positionen wieder lauter werden und sich Gehör verschaffen. Unsere Trainings sollen einen kleinen Beitrag dazu leisten und wir würden uns freuen, wenn wir auch im Land Brandenburg Einzelpersonen, Initiativen, Verbände und Vereine dabei unterstützen können.

Michael Trube
Teammitglied von Gegenargument

gegen-argument.de

Literatur- und Quellenverzeichnis

Häusler, Alexander (2018):

Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei.

URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsausenpartei>

(27.04.2020).

ARGUMENTE

DAS ERZÄHLCAFÉ

Ankommen und Bleiben

Das Erzählcafé ist eine besondere Form der biografischen Arbeit, in der im Rahmen einer improvisierten Erzählung persönliches Leben auf eine Bühne gehoben wird und öffentliche Anhörung findet (Müller 1991). Carl Wolfgang Müller, emeritierter Professor für Erziehungswissenschaften und Sozialpädagogik der TU Berlin, lernte dieses Format in den 1980er Jahren in New Orleans kennen. Jazzmusiker*innen präsentierten neben ihrer Musik auch ihre persönlichen Lebensgeschichten. Diese Idee trug er dann nach Berlin, um gemeinsam mit seiner Kollegin Sabine Gieschler der Kriegs- und Nachkriegsgeneration die Möglichkeit zu geben, ihre Lebensgeschichten anderen mitzuteilen (Seniorenwerk HSH o. J.). Das so entstandene Erzählcafé im Berliner Wedding existiert bereits seit über 30 Jahren, wenn auch mittlerweile nicht mehr von C. W. Müller und S. Gieschler geleitet.

Der Verein ErzählCafé Berlin e.V. gründete sich im Jahr 2017 auf Basis einer Kooperation mit der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH. Wichtig war uns als Gründungsmitgliedern dem populistischen Diskurs, der auf politischer, gesellschaftlicher und medialer Ebene geführt wurde, entgegenzuwirken und die Widersprüche zwischen diesen Generalisierungen und den Einzelbiografien aufzudecken (Butler zit. n. Castro Varela 2018). Wir wollten einen Ort der Begegnung schaffen, an dem über biografische Erzählungen und einen gemeinsamen Austausch Kontakte geknüpft und eine Sensibilität für andere Lebensverläufe entwickelt werden können. Zu unseren ersten Gästen gehörten Personen aus Syrien und Afghanistan, die ihre Fluchtgeschichte und über ihr Ankommen in Deutschland erzählten. Schnell wurde uns klar, dass dieses Thema „Flucht, Migration und Ankommen“ – der Fokus unseres Erzählcafés – kein neues, für Deutschland einzigartiges Phänomen war. Also versuchten wir, über unsere Erzählgäste auch andere Flucht- und Migrationsbewegungen, inklusive damit einhergehender Themen, in der Ankommensgesellschaft abzubilden. So erzählte beispielsweise ein junger Mann, der als Kind Ende der 1990er Jahre mit seiner Familie aus

Bosnien nach Deutschland flüchtete, eine ältere Frau, deren Familie sich als Sudetendeutsche 1945 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ansiedelte, oder der Sohn eines türkischen Gastarbeiters, der in erster Generation in Deutschland aufwuchs.

Erzählcafés finden heute in verschiedenen Abwandlungen und an unterschiedlichen Orten statt. Immer wieder finden sich in den entsprechenden Ankündigungen thematische Eingrenzungen wie beispielsweise „mein Schulweg“, „mein erstes Kind“ oder „queerAltern-Erzählrunde“. Mal erzählen einzelne Gäste vor einem Publikum, in anderen Formaten erzählt eine Gruppe von Menschen oder alle Anwesenden werden eingeladen, sich gegenseitig Teile ihrer Lebensgeschichte zu erzählen. Die historische „Wahrheit“ ist in dieser Erzählung eher zweitrangig, da es nicht um die historische Genauigkeit, sondern um das erzählte Leben in all seinen Facetten, subjektiven Deutungen und individuellen Erkenntnisprozessen geht (Gieschler 2017). Die von uns veranstalteten Erzählcafés folgen in der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einem genauen Ablauf:

1. Vorgespräch

Mit jedem Erzählgast wird ein Vorgespräch geführt, in dem sich Erzählgast und Moderation kennenlernen, das Format erläutert wird, offene Fragen geklärt werden und die Vorgehensweise für den jeweiligen Erzählgast festgelegt wird. In diesem Vorgespräch werden die wichtigsten Eckdaten der Biografie geklärt, welche Themen angesprochen werden dürfen und eine Vereinbarung getroffen, falls das Gespräch an irgendeinem Punkt zu belastend wird.

2. Das Erzählcafé

2.1. Autonom gestaltete Erzählung

Die Moderation stellt der*dem Erzählenden eine offene und erzählgenerierende Einstiegsfrage. Durch das Vorgespräch wird diese Frage auf den von der*dem Erzählenden gewünschten Ein-

stiegs punkt ihrer*seiner Erzählung angepasst gestellt und so mit die Erzählung in Gang gesetzt. Die Moderation bleibt während der Erzählung neben der*dem Erzählenden, um die Aufmerksamkeit durch aktives Zuhören aufrechtzuerhalten und Sicherheit zu vermitteln. Unterstützend können Landkarten oder Fotos genutzt werden. Abhängig von der Erzählung greift die Moderation auch unterstützend mit Nachfragen ein, um den Erzählfluss zu gewährleisten. Nach ca. einer Stunde beendet die Moderation die Erzählung und es findet anschließend eine ca. zehnmünütige Pause statt.

2.2. Nachfragen durch das Publikum

Im zweiten Teil der Veranstaltung können die Zuhörenden Fragen zum Verständnis oder zur Vertiefung stellen und eine Verknüpfung mit ihrer eigenen Biografie herstellen. Die Moderation stellt sicher, dass im Vorfeld ausgeschlossene Fragen und Themen nicht eingebracht bzw. nicht beantwortet werden und sorgt für den Schutz der Erzählenden.

3. Informeller Austausch

Im Anschluss an den offiziellen Teil der Veranstaltung wird ein informeller und unmoderierter Teil angeboten, der für Moderation, Zuhörende und Erzählende*n freiwillig ist.

Erzählcafés fördern über den Austausch die Partizipation und tragen somit zur seelischen Gesundheit der Erzählenden bei. Sie erleben Autonomie, Kompetenz und Zugehörigkeit (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Traumapädagogik 2011, In: Macsenaere 2016, 109):

Autonomieerleben: Sie entscheiden, welchen Teil ihrer Biografie sie wie darstellen. Die autonom gestaltete Erzählung legt den Fokus auf das Erlebte und Erfahrene, unabhängig von ggf. auch widersprüchlichen Aussagen in Geschichtsbüchern oder Ähnlichem.

Kompetenzerleben: Sie werden als die Expert*innen für diesen Teil der Weltgeschichte angesehen. Über ihre Erzählung leisten sie einen Beitrag zum Verstehen und zur Begegnung zwischen den Einheimischen und den Geflüchteten.

Zugehörigkeitserleben: Sie erleben sich in einem Setting – vor, während und im Anschluss an die Veranstaltung –, in dem andere an ihnen als Person interessiert sind. Sie erleben Wertschätzung, Empathie und Anerkennung.

Als partizipative, niedrigschwellige Veranstaltungen sind Erzählcafés Bildungsanlässe, die die Diversität persönlicher Lebensgeschichten sichtbar machen und in den Vordergrund stellen (Jacobsen 2016). In Bezug auf *Flucht und Migration – Ankommen und Bleiben* ist dies politisch und gesellschaftlich hoch aktuell. Der partizipative Ansatz und dessen Umsetzung erlauben es den Erzählenden und auch den Zuhörenden, eigene Werte, Normvorstellungen und die eigene Biografie zu reflektieren und Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten zu erkennen.

Ziel ist, das Narrativ der „Masse“/der „Geflüchteten“/der „Welle“/„des „Geflüchtetenstroms“ etc. zu ändern und den Fokus auf die Vielfalt jedes einzelnen Menschen zu legen.



So wird die biografische Erzählung in diesem Kontext in einen gesellschaftlichen Rahmen gesetzt und beschäftigt sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Gegenwart, häufig auch mit der Zukunft, individuellen Bewältigungsstrategien und Lebenszielen. Der geschützte Raum, der von einem respektvollen Miteinander geprägt ist, bietet die Möglichkeit, sich miteinander auf Augenhöhe auszutauschen und fördert so nicht nur transkulturelles, sondern auch transgenerationelles Verständnis und Empathie. Durch das vorherrschende Vertrauen im Raum eröffnet sich die Möglichkeit, Einblicke in ein „fremdes“ Leben und Kulturen zu bekommen und fördert so die Akzeptanz und das Anerkennen von Diversität auf allen Seiten.

Im „Miteinander Brandenburg – Erzählcafé Ankommen und Bleiben“ kamen verschiedene Personen zu Wort. Eine aus der DDR stammende Geigerin teilte mit uns ihren Weg des Ankommens, den sie bis heute als nicht abgeschlossen ansieht. Ein syrischer junger Mann, der noch keine Aufenthaltsdokumente hat, beschäftigt sich mit der Frage, wann er endlich ankommen darf und wo das wohl sein wird. Eine aus Polen stammende Frau ist beruflich bereits angekommen, aber zwiespalten zwischen Brandenburg und dem südwestlichen Polen. Die beiden ländlichen Tieflandregionen ähneln sich sehr – beide zählt sie zu ihrer Heimat. Gemeinsam ist allen Erzählungen die Suche nach Identität, Orientierung und Bestätigung.

Conny Martina Brederick,
Yaser Mohammad, Marcel Deiß
Sozialarbeiter*innen/-pädagog*innen
und Gründer*innen des Erzählcafés Berlin

berlin-hört-zu.de

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Castro Varela, María do Mar (2018):
Das Leiden der Anderen betrachten. Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit. In: Bröse, Johanna/Faas, Stefan/Stauber, Barbara (Hrsg.): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 3-20.
- Gieschler, Sabine (2017):
Oral History. Erzähltes Leben. In: Kreft, Dieter/Müller, Carl W. (Hrsg.): Methodenlehre in der Sozialen Arbeit. 2. Auflage. München, S. 150-152.
- Jacobsen, Maike (2016):
Interkulturelle Erzählcafés. Ein Weg zu Verständigung und Integration? Eine ethnographische Untersuchung zum öffentlichen Erinnern. Beau Bassin.
- Macsenaere, Michael (2016):
Partizipation. In: Weiß, Wilma/Kessler, Tanja/Gahleitner, Silke B. (Hrsg.): Handbuch Traumapädagogik. Weinheim und Basel, S. 106-114.
- Müller, Carl W. (1991):
Vorwort. In: Gieschler, Sabine/Lange, Andreas:
Das Erzählcafé-Lesebuch. Band 1. Die Wedding Themen. Berlin, S. 6-7.
- Seniorenwerk HSH (o. J.):
Arbeitshilfe Erzählcafé. Ein Veranstaltungsformat für Kirchengemeinden.
URL: <http://seniorenwerk-hsh.de/wp-content/uploads/Erzähl-Café.pdf>
(06.03.2019).

AUSGRENZUNG

RASSISMUSKRITISCHES DENKEN UND HANDELN IN DER BILDUNGSARBEIT

Zu dem Thema „Rassismuskritisches Denken und Handeln in der Bildungsarbeit“ gibt es viele Gedanken, die ich ausführen könnte, und vieles, was dazu bereits geschrieben wurde. Ich habe mir die Frage gestellt, was mir darin wichtig ist, und möchte gerne zwei Impulse aufgreifen, die mich persönlich und meine Arbeit grundlegend geprägt haben.

Als Trainerin in der machtkritischen Bildungsarbeit mit Fokus auf rassismuskritische Zusammenhänge und Weißsein hatte ich viele Jahre das Gefühl, mich in einem Kampf gegen Strukturen und das gesellschaftliche System zu befinden. Oftmals war dies ein verhärteter Kampf gegen institutionelle Grenzen und Machtstrukturen, Unverständnis und Widerstände. Immer wieder stellte sich mir die Frage, warum es so schwer ist, die Chancen einer rassismuskritischen Öffnung in Organisationen zu entwickeln. Warum es oftmals bei weißen Menschen Widerstand gibt, Rassismus ehrlich und auf persönlicher Ebene zu begegnen. Wie es möglich sein kann, miteinander die Chancen zu ergreifen und das besprechbar zu machen, was uns trennt, unsere unterschiedlichen Erfahrungen, die mit Rassismus im Alltag einhergehen.

Ein entscheidender Impuls in meiner Bildungsarbeit war die Frage in einem Workshop, wofür ich mich einsetzen möchte und wie ich den Fokus auf das Positive richten kann, also das, was ich bewirken möchte. Es hat mir verdeutlicht, dass meine Haltung des „Dagegen“ nicht dazu führt, dass Menschen den Fokus auf Chancen richten können. Das bedeutet nicht, dass ich mich nicht klar gegen Rassismus positioniere. Gegen etwas zu sein und Kritik zu äußern, ist angesichts des strukturellen und institutionellen Rassismus notwendig. Gleichzeitig hat mir die Frage des „Wofür?“ geholfen, meinen Fokus zu erweitern und sowohl zu spüren als auch zu verstehen, dass das Schaffen von Verbindung trotz Rassismus, Sexismus, Klassismus und weiteren Diskriminierungsformen elementar ist, um diesen Machtstrukturen, die uns trennen, nicht nachzugeben.

Dies ist nicht von heute auf morgen möglich und benötigt eine gewollte Auseinandersetzung, das Verlernen, viel Mut, Empowerment und kritisches und ehrliches Reflektieren. Dabei können ein- bis zweitägige Seminare nur Impulse setzen, die motivieren und ermutigen.

In Räumen, in denen Menschen sich kritisch mit ihrem Weißsein auseinandersetzen, ist es dabei hilfreich, eine Atmosphäre zu kreieren, in der die Teilnehmenden offen auf ihre Prägungen, Bilder und Assoziationen blicken und ihre Verunsicherungen sowie Gefühle aussprechen können. Unter anderen beschreiben Grada Kilomba (2013) und Lida van den Broek (1993) die unterschiedlichen Phasen des Weißsein, in denen die Gefühle von Scham und Schuld eine Rolle spielen. Diese sind wichtig und bedürfen Raum. Gleichzeitig braucht es Bestärkung, um letztlich zu dem Punkt zu kommen, sich in autonomer Verantwortung gegen Rassismus einzusetzen.

In divers zusammengesetzten Räumen begegnen sich Teilnehmende mit unterschiedlichen Erfahrungen. Die Thematisierung von und Auseinandersetzung mit Rassismus rufen bei allen Gefühle hervor. Ein Bewusstsein dafür zu schaffen, Realitäten wahrzunehmen und eine Gleichzeitigkeit des unterschiedlichen Erlebens entstehen zu lassen, bedarf Achtsamkeit und Mut der Teilnehmenden.

Die gesellschaftlichen Realitäten bleiben in Seminaren nicht außen vor und als Trainer*innen ist es unsere Aufgabe, dabei ein Lernen für alle zu ermöglichen.

Als Trainerin habe ich am meisten in der Auseinandersetzung und in Gesprächen mit Kolleg*innen und Teilnehmenden und vor allem durch Zuhören gelernt – durch das, was sie in die Seminare tragen, ihr Wissen, ihr Erleben und ihre Kontexte, die die Intersektionalität zeigen, in der wir uns bewegen.

Wir alle sind Teil des rassistischen Systems, wie es Paul Mecheril (2011) beschreibt. Die Haltungen und Bilder, die in Deutschland präsent sind, machen deutlich, dass Rassismus nicht ein Phänomen rechtsextremer Positionen ist, sondern eine Struktur, in der wir uns bewegen, die unseren Alltag in unterschiedlicher Weise prägt, deren Wirkungsmacht Leben unterschiedlich erleichtert oder erschwert.

Kurz möchte ich hier auch auf die Frage nach dem Wissen eingehen: Wer spricht für wen, woher kommt mein Wissen zu Rassismus?

Mein Wissen haben mir vor allem People of Color und schwarze Menschen vermittelt; insbesondere die Anfänge der „Critical Whiteness Studies“, die sich mit dem Weißsein beschäftigen und auf die Geschichte schwarzer Menschen in den USA zurückgehen. So beschreibt die Literaturwissenschaftlerin bell hooks, wie Schwarze seit der Zeit der Versklavung untereinander ihr jeweiliges spezielles Wissen über Weißsein ausgetauscht haben. Der Austausch fand meist darüber statt, wie Schwarzen in der weißen Herrschaftsgesellschaft geholfen werden konnte, unbeschadet den Alltag zu bewältigen und zu überleben. Auch W. E. B. du Bois, einer der führenden afrikanisch-amerikanischen Intellektuellen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hat „Whiteness“ detaillierten Analysen unterzogen (Wollrad 2005, 32).



James Baldwin, Toni Morrison, Bell Hooks und viele mehr vermitteln über ihre Schriften ein fundiertes Wissen über verschiedene Konstruktionen von Weißsein und ein Verständnis von Rassismus, mit dem ich heute arbeite.

Toni Morrison beschreibt das folgendermaßen: „Eine Menge Zeit und Intelligenz ist investiert worden, um Rassismus und seine entsetzlichen Auswirkungen auf seine Objekte aufzudecken. [...] Ich möchte solche Untersuchungen nicht geringerschätzen. Ihnen ist es zu verdanken, dass überhaupt ein Fortschritt in Sachen ‚Rassendiskurs‘ erzielt worden ist. Aber zu diesem wohletablierten Forschungsbereich sollte ein weiterer, ebenso wichtiger kommen: Der Einfluss des Rassismus auf diejenigen, die ihn perpetuieren“ (Morrison 1995, In: Wollrad 2005, 34).

Wichtig bleibt für mich dabei, dass dieser Ansatz eine lange Geschichte und Wurzeln in der facettenreichen schwarzen Geschichte der USA hat.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vergegenwärtigung kolonialer Kontinuitäten, die bei *glokal e.V.* im Vordergrund steht und unsere Verwicklung in diese Kontinuitäten. Die Verflechtung und das Zusammenwirken von Rassismus und Kolonialismus möchte ich in Ansätzen¹ durch meine eigene Geschichte und die Geschichte des Deutschkongoliesen Gerson Liebl (vgl. Mermania 2019) erzählen.

Wenn ich gefragt werde, woher ich komme, sage ich meistens, dass ich in Ingolstadt geboren wurde. Meistens erzähle ich, dass meine Familie aus Rumänien kommt, weil es ein wichtiger Teil meiner Identität ist und mich genauso prägt wie mein Aufwachsen als sogenannte „Zugereiste“ in einem Dorf in Bayern. Und vermutlich erzähle ich es auch, weil Rumänien das Land ist, wo ich zum ersten Mal meine Wurzeln gespürt habe, auch wenn ich die Sprache nicht kann und nie dort gelebt habe. Es sind Gefühle, die sich mit dem Verstand nicht greifen lassen. Vielleicht sind es die alten Menschen in den Dörfern, die meine Eltern noch als Kinder kennen, die Landschaften, die bei meinen Großeltern als Bilder in ihren Zimmern hingen, oder das Essen, mit dem ich aufgewachsen bin. Meine Familie sind Siebenbürger Sachsen aus Rumänien.

¹ Anzumerken ist, dass ich die Komplexität der Verflechtungen im Rahmen dieser Ausführungen nicht eins zu eins wiedergeben kann.

In den 1970er Jahren sind meine Eltern nach Deutschland gekommen. Mein Vater ist über die Donau geflüchtet und meine Mutter durch eine Scheinheirat nach Deutschland gekommen – beide mit sofortiger Anerkennung als deutsche Staatsbürger*innen. Eine kurze Erläuterung zu den Siebenbürger Sachsen und Deutschland: Aufgrund des in Deutschland bis 2000 geltenden Blutrechts konnten meine Eltern – nach kurzem Aufenthalt im damals sogenannten „Lager“ – in Deutschland bleiben; etwas, worüber ich mit meinen Eltern heute oft spreche. Mein Vater weiß, was es heißt, sein Leben zu riskieren, um besser leben zu können, und was es für ihn bedeutet hätte, nicht bleiben zu können.

Meine Eltern profitierten also von einer Gesetzesgrundlage, die rassistisch geprägt ist, und erfuhren gleichzeitig in Deutschland, was es heißt, abgestempelt und mit Vorurteilen konfrontiert zu werden. Heute beschäftigt sie die Frage, wo sie eigentlich zu Hause sind – zu Hause ist eine Suche geworden.

Wie unterschiedlich das sogenannte „ius sanguinis“ (Recht des Blutes) Lebensrealitäten gestaltet, zeigt die Geschichte von Gerson Liebl, die grundlegend anders als die Geschichte meiner Eltern verlief. Gerson Liebl ist ein Deutsch-kongolese, der jahrelang für seine Anerkennung als deutscher Staatsbürger gekämpft hat. Sein Großvater, ein Arzt aus Bayern, arbeitete vor 103 Jahren im togolesischen Aného. Er heiratete die Togolesin Kokoé Edith Ajavon. Die Trauung wurde von dem Fürsten von Aného vorgenommen. Er fungierte dabei als kaiserlicher Standesbeamter. 1910 kommt Gersons Vater Johann zur Welt. 1992 siedelt Gerson als gelernter Goldschmied nach Deutschland über und beantragt die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie wird ihm mit der Begründung verwehrt, dass sein Vater nur ein uneheliches Kind sei, weil die Eheschließung seiner Großeltern nicht durch einen kaiserlichen Stempel bestätigt wurde. Während seines jahrelangen Kampfes um die Anerkennung seiner deutschen Staatsbürgerschaft hat er sich mit seiner Frau und seinem Sohn ein Leben in Deutschland aufgebaut, das aufgrund seines Status jedoch viele Hürden mit sich brachte. Im Jahr 2009 wurde er schließlich nach siebzehn Jahren in Deutschland abgeschoben.

Für Gerson Liebl galt das sogenannte Blutrecht nicht in der Form, wie es für die Siebenbürger Sachsen in Rumänien galt, die vor 800 Jahren nach Rumänien gekommen sind. Das heißt, während in Deutschland einiges dafür getan wurde, die Siebenbürger Sachsen aus Rumänien nach Deutschland zu holen, hatte eine rassistische Handhabung der Gesetzgebung in den ehemaligen Kolonien grausame Auswirkungen auf das Leben von Gerson Liebl und seiner Familie. Warum erzähle ich diese Geschichten? Weil sie mir helfen zu verstehen, wie wir uns in dieser Welt bewegen, was uns trennt und was uns verbindet. Gerade mit Blick auf rassistuskritisches Denken und Handeln in der Bildungsarbeit und in unserem Leben ist es eine wichtige Ressource, unsere Geschichten zu kennen und zu respektieren.

Cornelia Schneider
Coach und Trainerin in der politischen
Bildungsarbeit zu Weißsein, Rassismus,
Postkolonialismus, Migration

glokal.org

corneliaschneider.de

Literatur- und Quellenverzeichnis

Kilomba, Grada (2013):
Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism. Kurzgeschichten
in englischer Sprache. Münster.

Mecheril, Paul (2011):
Rassismustheorie und –forschung in Deutschland. Kontur eines
wissenschaftlichen Feldes In: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hrsg.)
2011: Rassismuskritik Band 1: Rassismustheorie und –forschung.
Frankfurt am Main, S. 13-25.

Mermania, Susanne (2019):
Folgen des deutschen Kolonialismus. Gerson Liebl klagt an.
URL: <https://taz.de/Folgen-des-deutschen-Kolonialismus!/5638341/>
(19.11.2019).

Morrison, Toni (1995):
Im Dunkeln spielen. Weiße Kultur und literarische Imagination.
In: Wollrad, Eske (2005): Weißsein im Widerspruch. Feministische
Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion. Ulrike Helmer Verlag.
Königstein/Taunus.

Van der Broek, Lida (1993):
Vom Ende der Weißheit. Vorurteile überwinden. Ein Handbuch. Berlin.

Wollrad, Eske (2005):
Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus,
Kultur und Religion. Ulrike Helmer Verlag. Königstein/Taunus.

3

MIT:REDEDEN

Partizipationsmöglichkeiten
schaffen



Reden ist Teilhabe &
Teilhabe ist Reden

TEILHABE VON MENSCHEN GLOBALER IDENTITÄT IM SPANNUNGSFELD

- aus der Perspektive von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung

Der Begriff Teilhabe ist in vielen gesellschaftspolitischen Bereichen positiv oder zumindest wenig problematisiert konnotiert. Im *Mainstream* und in der sogenannten *Mitte der Gesellschaft*¹ herrscht die Meinung vor, dass Deutschland bezüglich Teilhabe unterschiedlicher sozialer Gruppen viel zu bieten hat und gut aufgestellt ist. Somit hat sich hier eine Haltung etabliert, den sozialen Gruppen, die sich mit Teilhaben auf den ersten Blick schwertun, mit Ressentiments zu begegnen und ihnen die Verantwortung für Schwierigkeiten und Misserfolge allein zu übertragen. Statements wie „*die wollen sich doch gar nicht integrieren*“, „*die wollen sich doch nicht anpassen*“ sind nur einige, die nicht nur im *Mainstream* reflexartig fallen. Auch auf Seiten derer, die sich zum Kreis der sogenannten Willkommenskulturen zählen, sind vergleichbare Äußerungen und Haltungen zu beobachten. Dies gilt auch für Institutionen. Zahllos sind die Berichte der Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung, in denen sie von der Kälte, Abneigung, dem Misstrauen, dem „*Nicht-ernst-genommen-Werden*“ und den falschen Versprechungen erzählen. Bemerkenswert ist, dass wir uns hier hauptsächlich im Bereich passiver Teilhabe bewegen, der mit dem im *Mainstream* verwendeten Begriff „*Integration*“ gleichzusetzen ist. Angesichts gängiger Mantras aus der Politik wie z. B. „*Deutschland braucht Zuwanderung*“ oder „*Migranten leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag*“ wären weniger Steine im Weg von Menschen mit Fluchterfahrungen, insbesondere auf institutioneller Ebene, erwartbar gewesen.

Neben passiver Partizipation gibt es aus der Sicht von Menschen und *Organisationen globaler Identität* (OGI)² in Deutschland die Realität der aktiven Partizipation. Hierunter sind Mitgestaltung und Mitentscheidung gesellschaftlicher Prozesse

zu verstehen, die besonders auf lokaler und regionaler Ebene ihren Einfluss ausüben. Es geht um politische Partizipation, um Teilhabe an gesellschaftspolitischen und milieuübergreifenden meinungsbildenden Diskursen und Austauschformaten und an langfristigen Veränderungsprozessen. Hier sind die Herausforderungen und Hindernisse deutlich größer. Sie gehen weit über die Dynamik einer Konkurrenzsituation zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten hinaus. Hier wirkt eine deutlich komplexere Systematik, die später expliziter in den Blick genommen werden soll.

Zwischen diesen beiden Aspekten von Teilhabe steht ein komplexes Spannungsfeld, welches weder Politik noch Gesellschaft oder Wirtschaft überwunden haben. Zum einen bestehen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft starre Strukturen und unflexible Ausgrenzungskulturen. Diese sind fest etabliert und lassen sich nur schwer oder sehr langsam in flexiblere, für Einwanderung permeablere und besser funktionierende transformieren. Zum anderen gehören neben Willkommenskulturen auch Ablehnungskulturen in die Betrachtung, die im Zuge der letzten Jahre erheblich an Ausmaß und Einfluss gewonnen haben. Hierzu zählt das häufig als „*der Rechtsruck in der Gesellschaft*“ bezeichnete Erstarken rechtsextremer Haltungen und Bewegungen. Diese fanden in der Etablierung der AfD als politische Partei auf Bundes-, Länder- und vor allem auf kommunaler Ebene ihren Höhepunkt.

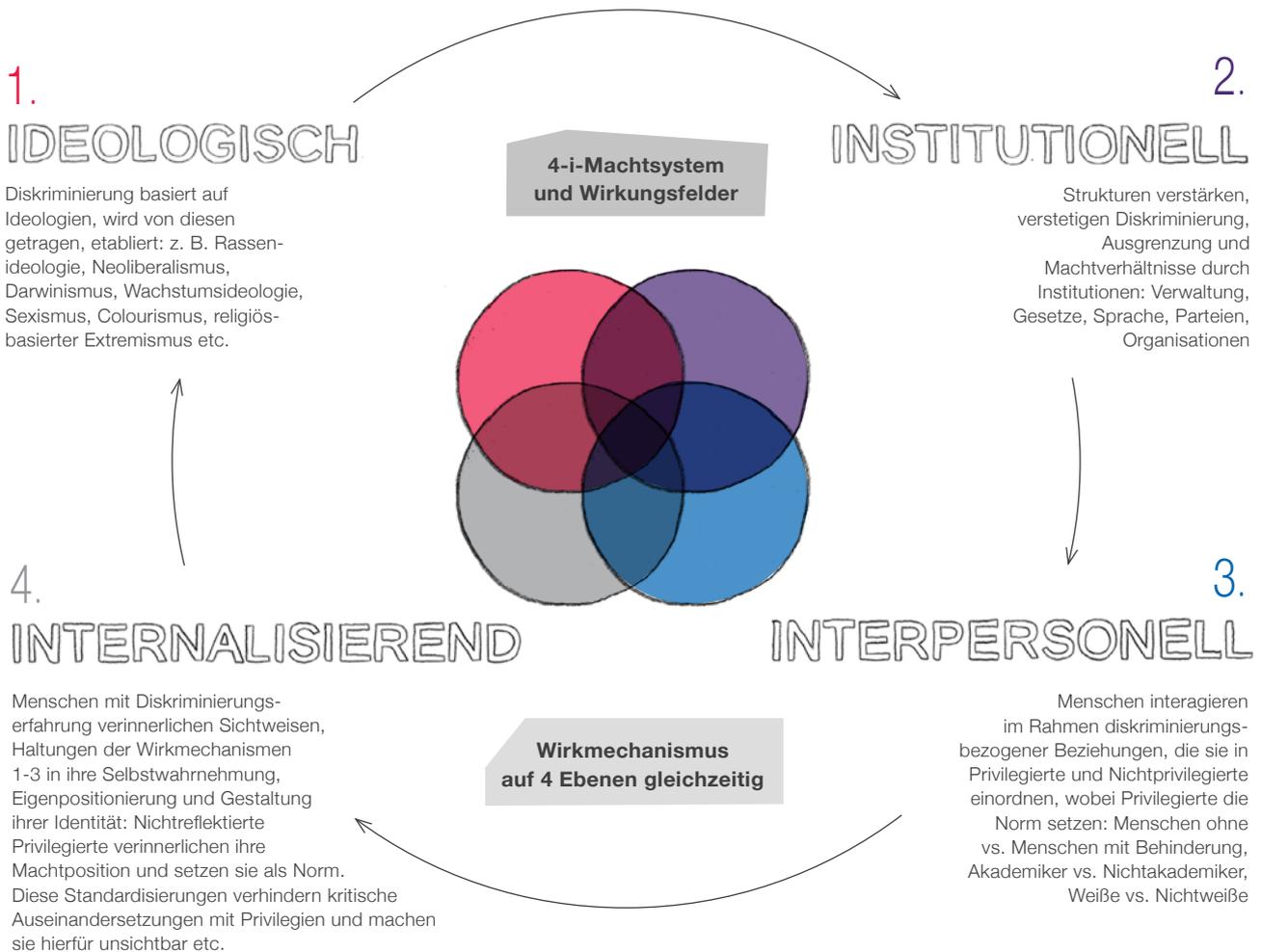
¹ Der Autor steht beiden Begriffen kritisch gegenüber, da sie Hierarchien und Privilegien verstärken und daher seines Erachtens für eine progressive Auseinandersetzung ungeeignet sind.

² Der Begriff „Migrantenorganisation“ wird vom Autor bewusst vermieden, da dieser negativ konnotiert ist. Der Begriff Organisation globaler Identität ist offen, nichtdiskriminierend und Identität als Hauptaspekt ist weder ausschließend noch bedient oder verstärkt er Stereotype.

Aus der Sicht von OGI gibt es auch hier unterschiedliche Perspektiven. Rechtsextreme Haltungen in allen Bereichen sind ihnen auch schon vor der AfD-Ära in vielfältiger Weise begegnet. Der Unterschied, den OGI jetzt spüren, ist, dass Rechtsextremismus nun einen Artikulationsraum erschlossen hat, der vielen Menschen ein politisches Zuhause bietet. Insbesondere auf der Ebene alltäglicher gesellschaftlicher Begegnungsräume fühlen sich viele Menschen durch die AfD empowert, ihre rechtsextremen Haltungen nicht nur zu artikulieren, sondern auch auszuleben. Dies spüren OGI und ihre Mitglieder jeden Tag, in allen gesellschaftlichen Begegnungsräumen und auf allen Ebenen. Die Gewalt, Anfeindungen, offenen verbalen als auch physischen Angriffe und die realen Bedrohungslagen haben sich für sie deutlich verschärft. Laut anerkannter Statistiken

bewegen sich rechtsmotivierte Straftaten auf einem nach wie vor hohen Niveau. Mit den Morden von Halle und Kassel zeigt sich auch, dass die Intensität der Straftaten zunimmt. Gleichzeitig muss auch erwähnt werden, dass sich viele Bündnisse gegen Rechtsextremismus gebildet haben, die mehr auf OGI zugehen als bisher. Dennoch wird deutlich, dass rechtsextreme Haltungen in Deutschland nicht einfach vom Himmel gefallen sind, sondern diesen gesellschaftspolitischen Entwicklungen ein Zusammenspiel mehrerer Aspekte zugrunde liegt.

Zum besseren Verständnis lässt sich die komplexe Systematik der Hindernisse gesamtgesellschaftlicher Partizipation von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung mit dem *Modell des 4-i-Machtssystems*³ darstellen:



3 Grafik: eigene Darstellung

Die Frage der gesamtgesellschaftlichen Partizipation stellt sich aus der Perspektive von OGI und ihren Mitgliedern anders als bei Menschen mit Fluchterfahrung, die in Aufnahmeunterkünften leben. Insbesondere zwischen gesellschaftlich stärker etablierten auf der einen und in sozialen Prekaritäten lebenden auf der anderen Seite bestehen deutliche Unterschiede. Inklusion und Partizipation stehen besonders im Kontext mit sozialer Milieuzugehörigkeit. Menschen aus privilegierteren Milieus sind deutlich weniger stark von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen.

Das **Netzwerk Migrant*innenorganisationen Brandenburg – NeMiB e.V.** arbeitet nun seit drei Jahren in Milieus von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung und besteht mittlerweile aus ca. 25 OGI und mehreren Einzelengagierten und Aktivist*innen. NeMiB ist Träger der Promotorenstelle für Entwicklungspolitik und Migration in Brandenburg.

Die erste Lektion, die es zu lernen gab, war die Lektion der Vielfalt der Menschen mit Migrationserfahrung in Bezug auf sämtliche gesellschaftspolitische Fragestellungen.

Für viele Menschen süd- und osteuropäischer, vietnamesischer, süd- und mittelamerikanischer Identität hat die Frage gesamtgesellschaftlicher Partizipation eine völlig andere Bedeutung und einen anderen Stellenwert als für Menschen mit unmittelbarer Fluchterfahrung, beispielsweise aus Afghanistan, Eritrea, Iran, Somalia oder Syrien. Erstere verbinden damit einen Anspruch, ein erstrebenswertes, aber schwer zu erreichendes Ziel. Sie haben sich in ihrem lokalen gesellschaftlichen Umfeld weitgehend eingerichtet und navigieren zwischen Milieus und Bereichen, die für sie relevant sind. Auch in Bezug auf die soziale Sicherheit haben die meisten sich eine relative Sicherheit erstreiten können. Sie haben daher konkretere Forderungen, die auf mehrjähriger Lebenserfahrung in der Migrationsgesellschaft beruhen. Hierzu zählen kommunales Wahlrecht, größere Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse, Bürokrati-

tieabbau, höhere Mobilität, doppelte Staatsbürger*innenschaft, erleichterte Existenzgründung und mehr Raum und Teilhabe im kulturellen Bereich (religiöses Leben und entsprechende Infrastrukturen). Die meisten sind keinen existenziellen Problemen ausgesetzt, die unmittelbar mit ihrer Migration zusammenhängen, wenn von der Gefahr eines rassistischen Übergriffs abgesehen wird.

Perspektiven von Menschen in Aufnahmeunterkünften auf gesamtgesellschaftliche Teilhabe sehen dagegen anders aus. Ihnen stellen sich aufgrund existenzieller Prioritäten viele Fragen von vornherein nicht. Zugang zu Wohnraum, Einkommen, Ausbildung, Mobilität, Reduzierung von Isolation und Perspektivlosigkeit stehen bei ihnen im Fokus. Ganz besonders deutlich wird, wie intensiv sie rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Zudem erleben sie Diskriminierung, die auf hierarchische Machtstrukturen innerhalb der Unterkünfte und ihrer Gemeinschaften zurückzuführen ist. Hiervon sind in besonderem Maße Frauen und Mädchen betroffen. Im Zuge des Engagements begleitete NeMiB Menschen in höchst prekären Realitäten. Es wurde deutlich, dass viele Menschen in den Unterkünften Angst haben, sich überhaupt kritisch über Mängel in ihrem Umfeld zu artikulieren. Sie sind Bedrohungen und permanenten Einschüchterungen ausgesetzt, die zum Teil von der Verwaltung der Unterkünfte, zum Teil von Gruppen von Unterkunftsbewohnenden ausgehen. Andere erleben schwere psychosoziale Drucksituationen, ohne dass sie eine Chance auf Coaching oder Begleitung hätten. Wieder andere haben Frustrations- und Resignationshaltungen aufgebaut, so dass es schwer ist, mit ihnen nachhaltig zu kommunizieren. Ein besonderes Beispiel ist das von Amina Mohamed⁴, eine 23-jährige Somalierin, die 2015 nach Brandenburg flüchtete. Nachdem sie auf ihrem Fluchtweg sexuellen Missbrauch und Gewalt erleiden musste, wurde sie in der Unterkunft in Brandenburg ebenfalls missbraucht. Sie versuchte, sich das Leben zu nehmen. Wir besuchten sie mehrfach im Krankenhaus und begleiteten sie bei ihrer Genesung. Wir erlebten dabei eine zwar traumatisierte und verletzte, aber immer noch

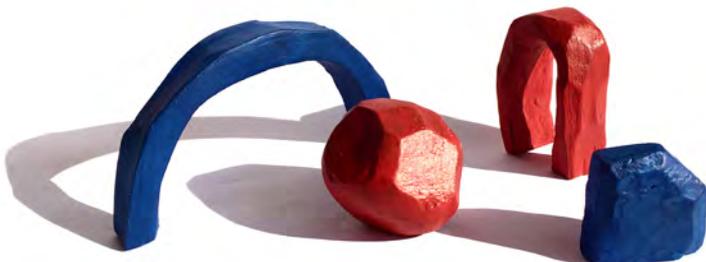
4 Der Name wurde aus Sicherheits- und Datenschutzgründen geändert.

hoffnungsvolle junge Frau, die voller Dankbarkeit und Motivation war, ihren Weg wiederaufzunehmen. Sie steht für viele Menschen, die aufgrund einer komplexen Situation stark benachteiligt und gefährdet sind. Für die meisten sind politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe daher Luxusforderungen. Ihre Forderungen sind existentieller Natur. Nachdem wir es trotz in diesen Milieus weitverbreiteter Tabustrukturen⁵ geschafft haben, Vertrauensverhältnisse zu Menschen in den Unterkünften aufzubauen, wurde deutlich, wie sehr das Zusammenleben von Hierarchien und herkunftsbezogenen Machtblöcken bestimmt war; was für Nichtprivilegierte zu großen Unterdrückungsrealitäten führte. Daher fokussiert NeMiB immer mehr Projekte auf die Arbeit mit Menschen mit Fluchterfahrung. Hierzu zählen Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen, Capacity Building, Unterstützung für den Zugang zu Arbeit und in die Selbstständigkeit. NeMiB engagiert sich in Eberswalde, Fürstenwalde, Potsdam und Potsdam-Mittelmark, besonders in Premnitz und Rathenow. Die Förderung bildungsbenachteiligter Jugendlicher über das Programm *Kultur macht stark* ist ein Schwerpunkt, neben der Unterstützung bei der Existenzgründung und Arbeitsmarktintegration. Im Zuge dieser Aktivitäten hat sich auch das Engagement von NeMiB als Netzwerk und Unterstützer gewandelt. Empowerment von Menschen mit Fluchterfahrung rückt hierbei immer stärker in den Vordergrund. Dadurch soll sich die Zielgruppe, im Sinne von Selbstermächtigung innerhalb des eigenen Milieus, der Unterkunft und des lokalen Umfelds, als politischer Akteur mit Interessen, Zielen und Forderungen begreifen und betätigen lernen. Für 2020 und 2021 sind daher mehrere Fortbildungen und Workshops geplant.

Im Rahmen politischer Teilhabe ist NeMiB seit seiner Gründung im entwicklungspolitischen Bereich aktiv. Es ist ständiges Mitglied des Steuerungskreises *Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg* und bringt Perspektiven von OGI ein. Zusätzlich arbeitet NeMiB an den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg mit und hat sich unter anderem für ein nichtrassistisches Selbstverständnis der Entwicklungspolitik und seiner Leitlinien in Brandenburg eingesetzt. Das Gleiche gilt für das Forum für Nachhaltigkeit in Brandenburg, in welchem NeMiB ebenfalls als ständiges Mitglied die Perspektiven und Anliegen von OGI einbringt.

An OGI und Menschen mit Fluchterfahrung richtet NeMiB den dringenden Appell, sich selbst viel stärker als politischer Akteur zu begreifen, sich mehr einzumischen und mehr eigene Forderungen zu stellen. Politische Beteiligung von OGI ist in Brandenburg sehr ausbaufähig. Fast überall fällt auf, wie selten OGI partizipieren, diskutieren und mitgestalten. Auf vielen wichtigen Treffen und Veranstaltungen ist NeMiB häufig die einzige Organisation, die die Anliegen von OGI sichtbar macht oder vertritt. OGI müssen sich eine Kultur des Einmischens und Raumnehmens aneignen und selbstbewusster ihre Positionen vertreten. Generell fehlt in Brandenburg ein breiterer politischer Zusammenschluss von OGI, der sich als Adressat und Ansprechpartner für Interaktion etablieren kann. Hierfür ist jedoch eine politische Debatte innerhalb von OGI notwendig, die bisher noch nicht stattgefunden hat. Die gesamtgesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Fluchterfahrung bleibt weiterhin eine zentrale Herausforderung – und dies ganz besonders für die Betroffenen selbst.

Abdou Rahime Diallo
 Fachpromotor für Entwicklungspolitik
 und Migration sowie Mitbegründer
 und Vorstandsmitglied beim Netzwerk
 Migrantenorganisationen Brandenburg – NeMiB e.V



⁵ Diese Tabustrukturen führen zur Abgrenzung von und zur Nichtkommunikation mit Außenstehenden.

VOM INFORMELLEN SELBSTHILFENETZWERK ZUR GEFÖRDER- TEN MIGRANTENSELBSTORGANISATION

Die Entwicklung der Selbstorganisation von Migrant*innen in Brandenburg

Der erste Versuch im Jahr 2016, sich bei der Gründung eines Dachverbands von Migrantenorganisationen im Land Brandenburg einzubringen, hat uns, die drei Verfasser*innen dieses Aufsatzes, zusammengebracht. Uns verbindet die Motivation, sich gesellschaftlich und politisch einzubringen und die kleinteilige, fast immer ehrenamtliche Integrationsarbeit der vielen Vereine und Migrantenselbstorganisationen (MSO)¹ in unseren Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden im Land Brandenburg sichtbar zu machen. Wenn wir Integration schreiben, so meinen wir die aktive Partizipation aller Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte an gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsprozessen vor Ort.

Unsere Herkunft, unsere Historie und unser politisches Engagement unterscheiden und überschneiden sich gleichermaßen. Wir erläutern anhand konkreter Beispiele aus unserer langjährigen Vereins- und Beirätepraxis, wie sich die gesellschaftliche und politische Partizipation von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte vor und nach der Wende im Land Brandenburg aus unserer persönlichen Sicht entwickelt hat.

Die Beispiele zeigen, dass der Beitrag von MSOs vielschichtig ist und sich auf mehrere Bereiche erstreckt: Kulturarbeit und Austausch mit unseren Communities, Bearbeitung von ganz unterschiedlichen, sozialen Beratungsfragen, die Unterstützung bei Behördengängen, Empowermentarbeit, die Initiierung gesamtgesellschaftlicher Dialogprozesse und die in den letzten Jahren immer wichtiger werdende Interessenvertretung in politischen Gremien und Ausschüssen.

Migrationsbewegungen sind eine jahrhundertealte Konstante im Land Brandenburg, die immer im jeweiligen historischen und politischen Kontext neue Aushandlungsprozesse des Zusammenlebens zwischen Zuwander*innen und Einheimi-

schen ausgelöst haben. Ohne auf jede einzelne Migrationsbewegung im Land Brandenburg eingehen zu wollen, möchten wir an dieser Stelle ihre Relevanz betonen, da sie Auskunft über Ankunft, Herkunft sowie Erlebnisse und Erfahrungen der in Brandenburg vertretenen und noch lebenden Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte geben (vgl. Kleger 2008).

Zunächst gehen wir auf die geregelte Einwanderung von Vertragsarbeiter*innen in die DDR ein und betrachten als Beispiel die wichtige Rolle der Vietnames*innen im Aufbau und bei der Etablierung von selbstorganisierten, gut funktionierenden Netzwerken zur Selbsthilfe.

Vertragsarbeiter*innen in der DDR und die Etablierung von Selbsthilfenetzwerken

Der Zustand, ein*e Vertragsarbeiter*in in der DDR zu sein, der*die nach einem geregelten 4-Jahresvertrag in die Heimat zurückkehren würde, half vielen Menschen, sich selbst mit geringen Deutschkenntnissen auf dem Niveau A1 in ihrem Arbeitsalltag zu arrangieren. Behördengänge und Alltagsfragen mussten bewältigt werden und die entsprechende Unterstützung und Betreuung wurden durch den staatlichen Betrieb sichergestellt.

Zurück in Vietnam als junge Absolventin der damaligen *Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner* in Berlin und mit einem Abschluss in Wirtschaftsinformatik in der Tasche, führte die Arbeitssuche von Hài Bluhm, Mitautorin dieses Artikels und Gründerin vom Frauenclub Việt Hồng e.V., zum Ministerium für Arbeit. Sie bewarb sich

¹ Wir greifen den Begriff „Migrantenselbstorganisationen (MSO)“ aus der aktualisierten Fassung vom Landesintegrationskonzept Brandenburg aus dem Jahr 2017 auf und sprechen im weiteren Text über MSOs. Auch Organisationen von Geflüchteten sind mit dem Begriff MSOs gemeint.

für eine Stelle als Sprachmittlerin für die Vertragsarbeiter*innen in den DDR-Betrieben und kam dadurch im Jahr 1982 in die DDR zurück. Zusammen mit einem Gruppenleiter kümmerte sie sich um die Angelegenheiten der Vertragsarbeiter*innen. Die ersten zwei Monate mussten sie alle vor der Arbeit einen Deutschintensivkurs besuchen. Hài Bluhm half bei der Organisation und übersetzte die monatlichen Arbeitsschutzbelehrungen, begleitete Vertragsarbeiter*innen zum Arzt, manchmal übersetzte sie sogar bei privaten Treffen. Integration war nicht das Ziel, sondern eine gut organisierte Betreuung während des 4-jährigen Arbeitsvertrags. Als Sprachmittlerin sollte Hài Bluhm auch Arbeitserfahrung für ihre Rückkehr nach Vietnam sammeln.

Nach dem Mauerfall waren alle Vertragsarbeiter*innen auf sich allein gestellt. Das Arbeitsabkommen mit den ehemaligen, sozialistischen Bruderländern der DDR wurde übernommen, doch es gab keine sprachliche Unterstützung mehr. Wer einen gültigen Arbeitsvertrag hatte, durfte bleiben oder sich freiwillig mit einer finanziellen Entschädigung für die Rückkehr ins Herkunftsland anmelden.

Das war auch für alle in die DDR zugewanderten Menschen eine Zeit voller Umbrüche, da ihre Zukunft im vereinten Deutschland nun ungewiss war. In den Betrieben wurde zuerst vor allem den vietnamesischen, kubanischen, polnischen und mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen gekündigt. Ohne Gruppenleitung, ohne Sprachmittler*innen waren die Menschen auf ihre bis dahin informell selbst aufgebauten Netzwerke angewiesen.

Diese neuen Lebensumstände setzten vieles in Bewegung und jede Community hat sich mit der Zeit Selbsthilfestrukturen geschaffen, auch mit der Unterstützung von etablierten Vereinen und Organisationen. Vietnamesische Vertragsarbeiter*innen haben sich nach der Wende besonders in der Textilbranche, im Gemüsehandel oder mit Gaststätten und Imbissen selbstständig gemacht. So konnten viele von der 1993 beschlossenen Bleiberegulierung für Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam, Kuba und Mosambik profitieren. Nur wer eine Arbeit hatte, durfte bleiben.

Dieses Wissen, das jede Community für sich erarbeitet hatte, wurde geteilt und hat so anderen Menschen geholfen, sich ebenfalls eine Existenz in Deutschland aufzubauen. Das ist ein Beispiel der erkämpften Zu-

gänge zum Arbeitsmarkt, zu denen diese oft informellen Netzwerkstrukturen einen wesentlichen Beitrag leisteten. Der nächste Schritt aus den informellen Netzwerken heraus war die Gründung von selbstorganisierten MSOs in Form von Vereinen. Die Gründung fußt auf dem unermüdlichen, ehrenamtlichen Einsatz von verschiedenen Communities. Sie konnten Menschen aus anderen Ländern auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten Leben in Deutschland entscheidend unterstützen.

Zunächst haben sich die einzelnen Communities auf der Basis bestimmter Identifikationsmerkmale wie die eigene Herkunft oder die Herkunft der Eltern, die gemeinsame Religion, die gemeinsame Sprache, das Bedürfnis nach einer Gemeinschaft, die ein Zugehörigkeitsgefühl vermittelt, gebildet. Schritt für Schritt entstanden Unterstützungsnetzwerke, die sich jeweils einer bestimmten Gruppe angenommen haben, so z. B. selbstständigen Unternehmer*innen, Frauen, Kindern, kranken Menschen, Musik- und Tanzgruppen. Die umfassende Expertise der Netzwerke im Bereich Integration ist für jüngere MSOs im Land Brandenburg von großer Wichtigkeit. Die Selbstorganisation der Vietnames*innen, aber auch die der neu dazugekommenen Spätaussiedler*innen aus den ehemaligen Ostblock-Staaten und der Sowjetunion, erweist sich rückblickend als sehr entscheidend, weil sie existierende Beratungslücken abdeckten und dabei halfen, die hohen, sprachlichen Hürden zu überbrücken.

Die Zeit nach der Wende: Neufindung und Erweiterung

Wie bereits erwähnt, war die Zeit nach der Wende in Deutschland eine gesamtgesellschaftliche Umbruchszeit. Integration oder gar politische Teilhabe, wie wir sie heute kennen, waren nicht der Arbeitsschwerpunkt von MSOs und auch nicht im Fokus innerhalb des gesellschaftspolitischen Diskurses: „Anders als in westlichen Bundesländern waren in den Nachwendejahren [in Ostdeutschland] kaum zivilgesellschaftliche Strukturen vorhanden. Parteistrukturen mussten erst aufgebaut und später etabliert werden. Die Kirchen verfügten im Vergleich zu anderen Bundesländern nur über kleine Gemeinden und eine geringe Wirkkraft. Darüber hinaus mussten auch Gewerkschaften erst neue Strukturen in Brandenburg bilden“ (Klein 2017, 55).

Diese Situation stellte die Selbsthilfenetzwerke vor neue Herausforderungen. War ihre Begleitung und Beratung bereits wichtig in der DDR, so wurden sie jetzt für die unterschiedlichen Communities unverzichtbar.

Die Selbsthilfenetzwerke intensivierten ihre Arbeit und erweiterten ihre Expertise. Zudem rückten im Nachwende-Deutschland Themen wie Alltagsrassismus- und Diskriminierungserfahrungen in den Fokus. Alfred Roos, Geschäftsführer der im Jahr 1991 gegründeten *Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA)*, schreibt zu den 25 Jahren RAA in Brandenburg Folgendes:

„Obgleich rechtsextremer Rassismus und rechtsextreme Gewalt nicht alleine ein ostdeutsches Phänomen waren, so musste die brandenburgische Ausländerbeauftragte Almuth Berger ein ums andere Mal darauf hinweisen, dass für Menschen mit erkennbarem Zuwanderungshintergrund das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit eingeschränkt sei. Es gab öffentliche Orte wie Bahnhöfe, Marktplätze usw., an denen Fremde ein Spießrutenlaufen an Beleidigungen und Drohungen über sich ergehen lassen mussten“ (Roos 2017, 38).

Der Umgang mit Rassismus und rechtsextremer Gewalt wurde neben dem erkämpften Zugang zum Arbeitsmarkt für ehemalige Vertragsarbeiter*innen zu einem Arbeitsschwerpunkt der RAA und diese Themen beschäftigen selbstverständlich auch die MSOs. Unsere Erfahrungen aus der Arbeit in MSOs und mit Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte zeigen, dass Rassismus² – bis hin zur Gewalt – eine im Alltag sehr reale Erfahrung für viele der in Brandenburg lebenden und anders aussehenden Menschen ist (vgl. Mulugeta 2019).

Das Bewusstsein für die Rolle von MSOs hinsichtlich der gesellschaftlichen sowie politischen Partizipation und Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte ist im letzten Jahrzehnt größer geworden.

Es wurde klar, dass schon vorher viel über Vertragsarbeiter*innen, Zugewanderte und Geflüchtete gesprochen wurde, jedoch ohne dass diese mit in die Diskussionen einbezogen wurden. Seitdem hat sich einiges getan.

Aktueller Stand: Herausforderungen und Ausblick

Aktuell besteht Klärungs- und Diskussionsbedarf, um gemeinsam mit den Vereinen und MSOs wegweisende, tragfähige und strukturelle Maßnahmen herauszuarbeiten und sich mit kommunalpolitischen Akteur*innen intensiv auszutauschen, damit die vorhandenen Partizipationsstrukturen noch besser funktionieren. Dies sehen wir als eine wichtige Basis, um eine stabile und beständige, politische Teilhabe weiterzuentwickeln.

Zum einen geht es dabei um die Rolle, Pflichten und Rechte der Integrations- und Migrationsbeiräte der Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte. Zum anderen betrifft es die Situation und den Umgang mit MSOs und den Vereinen, die sich für die Belange der unterschiedlichen Gruppierungen von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte einsetzen. Der beratende Auftrag dieser Gremien ist, gerade im Kontext der kontroversen Diskussion über das Für und Wider der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Mitbürger*innen aus sogenannten Drittländern, ein schon in mehreren Teilen in Brandenburg erprobtes Instrument der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung.

Dabei ist die gesellschaftliche Wirkung der ehrenamtlichen Mitarbeit in den Migrations- bzw. Integrationsbeiräten als noch nachhaltiger zu bewerten, wenn es eine Stelle für eine bezahlte Bürokoordination sowie Räumlichkeiten und ein kleines Budget für die Arbeit gibt. Gerade für Brandenburg als ein Flächenland mit weiten Wegen und der Zersplitterung der Lebensorte der Menschen ist diese Herangehensweise, auch zum Start in Pilotprojekten, anzustreben.

Die Landkreise und kreisfreien Städte im Land agieren dabei unterschiedlich. So wird in Potsdam-Mittelmark der Integrationsbeirat nicht durch die dort gemeldeten Menschen mit Migrationshintergrund wie z. B. in der kreisfreien Stadt Potsdam, sondern nach Interessenbekundung für das Ehrenamt durch den Kreistag selbst gewählt. Ein wichtiges Bestreben ist es dabei, die Zusammenarbeit zwischen der oder

² Der Verein Loewenherz e.V. führt seit zwei Jahren auf regelmäßiger Basis im Land Brandenburg Workshops zum Thema Rassismus und rechtsextremer Gewalt durch. Aktuelle Ergebnisse kommen dazu aus einem noch laufenden Projekt mit Audio-Interviews.

des aktuell neu zu benennenden Integrationsbeauftragten und dem gewählten Beirat in Potsdam-Mittelmark noch mehr zu intensivieren. Wichtig anzumerken ist auch die teils immer noch umkämpfte Akzeptanz von MSOs und die damit verbundene, schwierige Sicherstellung von verlässlichen Ressourcen für ihre Arbeit: „Dennoch war deren Förderung auch phasenweise sehr umstritten und ist es teilweise immer noch. Prägend war dabei die Angst vor integrationshemmenden Gegenkulturen und Parallelgesellschaften, die in Herkunftsgesellschaften verharren, aber auch Furcht vor einer unerwünschten politischen Einflussnahme aus den Herkunftsländern. Kulturelle, religiöse und politische Vorbehalte gibt es zudem gegen die Reproduktion von demokratisch-menschenrechtlich bedenklichen Traditionsbeständen oder aktuelle Radikalisierungen (Islamismus, Ehrenmorde, Scharia, autoritäre Familienstrukturen, vordemokratische Einstellungspotenziale etc.). Sie richten sich vor allem gegen konservativ geprägte, religiöse Verbände“ (Gesemann/Roth 2015, 101).

Diese Bedenken sind einerseits mit Vorsicht und vor allem sehr differenziert und in den entsprechenden Kontexten zu lokalisieren und zu interpretieren. Trotzdem verdeutlicht dieses Zitat den großen Rechtfertigungsdruck, dem sich MSOs immer wieder ausgesetzt sehen.

Zu dem Druck von außen beschäftigt uns als Verfasser*innen, wie die Dialog- und notwendige Kompromissbereitschaft innerhalb der verschiedenen Brandenburger MSOs für eine koordinierte Arbeit verbessert und weiterentwickelt werden kann. Ein Beispiel ist das mit von uns im Jahr 2016 gestartete Vorhaben, einen gemeinsamen, zeitgemäßen und divers aufgestellten Dachverband von MSOs für das Land Brandenburg zu gründen, um die kontinuierliche Arbeit der Vereine und Organisationen auf Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden gegenüber dem Land und der Gesellschaft koordiniert abzubilden und unterstützen zu können. Das Vorhaben stieß bei der Integrationsbeauftragten für Brandenburg auf positive Resonanz; eines der sieben Handlungsfelder des Landesintegrationskonzepts für Brandenburg umfasste dementsprechend auch die Unterstützung der Arbeit von MSOs in Brandenburg als eine wichtige Form von gesellschaftlicher Teilhabe (vgl. MBSJ Brandenburg 2017, 85).

Doch trotz unserer schon langjährigen Erfahrung ist es uns und den damals im Prozess Mitbeteiligten nicht gelungen, eine konstruktive Diskussionsebene sowie notwendige Strukturen für eine gemeinsame, erfolgreiche Zusammenarbeit zu finden. Rückblickend müssen wir uns eingestehen, dass wir die Wichtigkeit einer neutralen Prozessbegleitung für den Aufbau unterschätzt haben. Von großer Schwierigkeit ist dabei auch, neben einer regulären Arbeit und der Familie, auf nur ehrenamtlicher Basis so einen Dachverband im Flächenland Brandenburg aufzubauen. Um so eine Organisation auf Landesebene zum Erfolg zu führen, müssen belastbare, persönliche Vertrauensverhältnisse zwischen den verschiedenen, auch kulturell unterschiedlichen MSOs und ihren motivierten Hauptakteuren entstehen können. Dies ist ohne eine Grundstruktur und ein Mindestmaß an Ressourcen nicht allein im Ehrenamt zu leisten. Wir halten dieses Vorhaben für Brandenburg weiter für wichtig und wollen aktiv an der professionellen Vernetzung der MSOs und Migrations- und Integrationsbeiräte mitarbeiten. Wir sind bereit.

Diana Gonzalez Olivo, Vertretung der ausländischen Bevölkerung im RBB – Rundfunkrat Berlin-Brandenburg, Migrant*innenbeirat der LHP Potsdam

Hải Bluhm, Frauenclub Việt Hồng e.V.

Dr. Ermyas Mulugeta, Loewenherz e.V.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

Gesemann, Frank/Roth, Roland (2015): Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Berlin.

Kleger, Heinz (2008): Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft. Potsdam – in Erinnerung an das Edikt von Potsdam (1685). 2. Auflage. Potsdam.

Klein, Markus (2017): Mobiles Beratungsteam Brandenburg im Handlungskonzept der Landesregierung Tolerantes Brandenburg. In: RAA/DEMOS (Hrsg.): 25 Jahre Demokratie und Integration Brandenburg e.V. Tolerantes Brandenburg. Potsdam. S. 53 - 76.

MBSJ Brandenburg (2017): Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg. Landesintegrationskonzept Brandenburg. Aktualisierte Fassung.

Mulugeta, Ermyas (i. E.): Wer bist Du? Wie lebst Du? Die Darstellung unterschiedlicher Wahrnehmungen und Perspektiven von Menschen mit Fluchtgeschichte mit ihrer Umwelt und ihrer gesellschaftlichen Partizipation. Potsdam.

Roos, Alfred (2017): 25 Jahre RAA im Land Brandenburg. In: RAA/DEMOS (Hrsg.): 25 Jahre Demokratie und Integration Brandenburg e.V. Tolerantes Brandenburg. Potsdam. S. 37 - 50

WAS KÖNNEN WIR BEI DER GESTALTUNG VON TEILHABE MIT NEUANGEKOMMENEN BESSER MACHEN?

Fatuma Musa Afrah über die Perspektive von neuangekommenen Frauen

Seitdem sie deutschen Boden betrat, hat sich Fatuma Musa Afrah aktiv mit Neuangekommenen¹ für deren gesellschaftliche Teilhabe und die Überwindung entsprechender Hindernisse eingesetzt. Selbst Neuangekommene mit somalisch-kenianischer Identität, konnte sie die Vielfalt von Hindernissen für gesellschaftliche Teilhabe vulnerabler Gruppen als Teil ihrer Biografie erleben. Die Muster und Mechanismen, die von singulärer Benachteiligung über Stigmatisierungen zu struktureller Benachteiligung und Stigmatisierung führen, sind überall auf der Welt dieselben. Für einen wirkungsvollen, erfolgreichen und nachhaltigen Kampf gegen solche, die Gesellschaft sehr prägende und soziale Fragen beeinflussende Phänomene sind besondere Grundverständnisse, -prinzipien und Haltungen notwendig. Betroffene sind als aktive Ressourcen von Beginn an in jede Stufe des Prozesses miteinzubeziehen.

„Oft planen andere für uns, anstatt mit uns zusammenzuarbeiten. Deshalb verstehen sie unsere Probleme auch nicht wirklich“, sagte sie in einem Interview.

In Anbetracht der Prekarität der Problemstellungen haben wir weder die Zeit noch die Ressourcen, falsche Ansätze zu praktizieren. Jedes Milieu hat Kapazitäten, Ressourcen, die wir nutzen müssen. Sei es allein, um Informationen, Themen und Probleme zu adressieren und einer breiteren Gruppe zugänglich zu machen. Lange Zeit haben wichtige Akteur*innen in Brandenburg relevante Informationen zur Integration, beispielsweise von muslimischen Neuangekommenen, per E-Mail versandt. Die meisten Informationen kamen nicht

oder zu spät an. Nachdem klar wurde, dass diese Gruppe ihre eigenen Informations- und Kommunikationskulturen und Kanäle etabliert hatte, wurden Informationen beispielsweise bei Zusammenkünften, nach den Freitagsgebeten oder per WhatsApp verbreitet – mit dem Ergebnis, dass sie die notwendige Verbreitung fanden.

Außerdem sind weniger affirmative und dafür eher bedarfsorientierte Ansätze notwendig. Eine zielgruppenangepasste vielstufige Bestandsaufnahme von Bedarfen und Potentialen, Haltungen zur gesellschaftlichen Partizipation und zu komplexen Ursachen von Hindernissen ist notwendig. Fatuma Musa Afrah arbeitet intensiv mit neuangekommenen Frauen. An vielen gut gemeinten Maßnahmen können diese aufgrund milieuspezifischer Hindernisse nicht teilnehmen. Teilhabe kann daher nur unter Berücksichtigung spezifischer Charakteristika intersozialer Kommunikation funktionieren. Gerade um zielgruppeninterne Hindernisse zu überwinden, müssen diese bekannt sein. Ein Beispiel hierfür ist die sexualisierte Diskriminierung. Fatuma Musa Afrah sagt, sie könne ein ganzes Buch über die Vielfältigkeit dieser Problematik in der deutschen Gesellschaft schreiben. Je nach Milieu überlagern sich Betroffenheiten, was zu Mehrfachdiskriminierungen führen kann. Der Druck auf neuangekommene Frauen ist so enorm, dass einige daran zerbrechen. Aus ihrer Perspektive ist die Gesellschaft in Deutschland im Vergleich zu ihrer Herkunftsgesellschaft übersexualisiert. Übertrieben freizügige Darstellungen von Frauen und Männern prasseln aus vielen Richtungen auf sie ein. Besonders in der Mainstream-Werbung wird ein Frauenbild geprägt, welches in krassem Kontrast zu ihren Wertvorstellungen steht und dadurch viele überfordert. Allein dieser konkrete Aspekt kann zu Rückzug, Abschottung oder Nichtteilhabe

¹ Die Autor*innen lehnen Begriffe wie Flüchtling, Geflüchtete, Migrant*innen ab, da sie aus ihrer Perspektive negativ konnotiert sind und stigmatisierend wirken und eingesetzt werden.

führen. Es gehe nicht darum, dass die Gesellschaft in Deutschland sich deemanzipiere, sondern darum, Austausch-, Diskurs- und Erklärungsräume für offensichtliche Sollbruchstellen interkultureller Interaktion anzubieten. Wenn Neuangekommene verstünden, dass hinter sexueller Freizügigkeit emanzipatorische Kämpfe stecken, die noch andauern, und dass viele Frauen in Deutschland sexualisierte Darstellungen und Haltungen in der Gesellschaft ebenfalls ablehnen, dann entstünden Grundlagen für gemeinsame Diskurse.

Ein weiterer Punkt sind vielfältige sexuelle Übergriffe, in Verbindung mit einem strukturellen Rassismus, denen Neuangekommene häufig ausgesetzt sind. Fatuma Musa Afrah sagt deutlich, dass Frauen, die aus religiöser Überzeugung, traditioneller, persönlicher Haltung ihre Körperformen bedecken, besonders sexualisierter Diskriminierung ausgesetzt seien. Sie selbst sei ständig Opfer sexualisierter Diskriminierung, die hauptsächlich von Männern, aber auch von Frauen ausgehe. Hierbei reiche das Spektrum von verbalen, körperlichen Angriffen bis zu strukturellen Diskriminierungsformen. Nicht selten laufe dies gleichzeitig ab. Vor einigen Wochen versuchte sie als Mitglied an einem Schwimmkurs teilzunehmen, wobei sie ihrer Haltung und Überzeugung entsprechend einen Burkini trug. Eine Mitarbeiterin des Schwimmclubs verbot ihr in erniedrigender Weise den Zutritt zur Schwimmanlage. Auffallend für Fatuma Musa Afrah sei die unverhohlene Verachtung der Frau gewesen. Es endete in rassistischen Beschimpfungen, wobei Fatuma Musa Afrah lediglich ihr persönliches Recht auf Individualität und Souveränität verteidigt habe. Eine Beschwerde sei von der Geschäftsleitung mit der Begründung abgewiesen worden, dass die Richtlinien kurzfristig um ein Burkiniverbot erweitert worden wären. Das rassistische Verhalten der Mitarbeiterin sei weder beanstandet noch entschuldigt worden. Dieses Beispiel stehe für vieles, was Neuangekommene berichteten, wenn sie unter sich darüber sprächen. Hierzu gehören außerdem zahlreiche Berichte körperlicher sexueller Übergriffe innerhalb wie außerhalb ihrer eigenen Milieus. Diese gingen hauptsächlich von Männern jeder Altersstufe aus. Männer in Neuangekommenen- wie Nichtneuangekommenen-Milieus sind hierfür hauptverantwortlich. Diese Situation würde von Institutionen nicht ernst genommen. Ein einziges dieser Erleb-

nisse könne bei Neuangekommenen mit entsprechender Biografie zur Überlagerung, Verstärkung von bereits Erlebtem oder zur erneuten Traumatisierung führen. Dies reiche aus, um sich zurückzuziehen und sich Teilhabeangeboten zu verweigern. Teilhaben-Wollen ist eine menschliche Grundeigenschaft und als Erfolgsstrategie in der von Migration und Koexistenz geprägten Menschheitsgeschichte belegt. Wenn sich eine größere Gruppe dem verweigert, müssen wir beginnen, die richtigen Fragen zu stellen. Diese sollten sich auf die Ursachen für ein defizitäres Teilhabeverhalten einer ganzen Gruppe fokussieren.

Neuangekommene halten unserer Gesellschaft kritisch den Spiegel vor. Sie laden uns ein, einen kritischen und reflektierenden Diskurs zu sozialen Kompetenzen zu führen.

Fragen wie „Wie arbeitet unser Aufnahme- und Asylverfahren?“ oder „Wie willkommen heißend oder ablehnend ist unsere Gesellschaft?“ oder „Wie erträglich oder unerträglich ist das Leben in den Unterkünften?“ werden von Betroffenen anders beantwortet, als erwartet wird.

Wie viele andere kam Fatuma Musa Afrah zunächst in die Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt. Auf die Frage, wie dieses Ankommen in Deutschland für sie war, berichtete sie, wie sie von Einheimischen angespuckt, geschlagen, bedroht und beleidigt worden sei. Hinzu kämen sexuelle Übergriffe von Männern, die dicht an sie herangekommen seien und sich selbst an intimen Stellen berührt hätten. Sie hätten ihre Autos vor der Unterkunft geparkt, um Frauen mit Geldangeboten zum Sex zu nötigen. Sie erzählte von der Todesangst, mit der sie und andere Frauen konfrontiert gewesen seien. Diese Erlebnisse vergäßen Betroffene nicht einfach so. Sie würden zum Teil des Gesamtbildes, das sie sich von Deutschland machten.

Diese Erlebnisse schwächen eindeutig die Offenheit und Bereitschaft zur Teilhabe, die jedoch sowohl von den Behörden und Institutionen als auch von der engagierten Zivilgesellschaft oft gefordert werden.



Ein weiterer Aspekt, so Fatuma Musa Afrah, sei der offensichtliche Verzicht auf vielfältige Kompetenzen und Potentiale, insbesondere von neuangekommenen Frauen. Soziale Kompetenzen wie Interaktions-, Betreuungs- und Kommunikationsansätze im Bereich der Pflege älterer Generationen, der frühkindlichen Erziehung, des intersozialen Konfliktmanagements brächten viele Frauen sowohl auf professioneller Ebene als auch aufgrund herkunftsbedingter sozialer Rollen mit. Diese Fähigkeiten würden in der deutschen Gesellschaft dringend gebraucht. Hier könnten viele Neuangekommene einen wichtigen Beitrag für eine sozial-inklusive Interaktionsgesellschaft leisten. Leider würden diese Kompetenzen von verantwortlichen Strukturen nicht genug angefragt oder genutzt.

Allgemein betrachtet, so Fatuma Musa Afrah, sei zu beachten, dass nach einer solchen Zeit viele Betroffene ohne Kraft, Motivation und Überzeugung seien, sich gesellschaftlich zu engagieren oder für Teilhabe einzusetzen. Sie sind entpowerert. Daher sei Empowerment, welches auf diese Bedürfnisse zugeschnitten ist, ein integraler Bestandteil eines Lösungsansatzes.

Als Nächstes seien langfristige, auf gleichberechtigten Austausch und interkulturelle direkte Interaktion ausgerichtete Maßnahmen ein Erfolgsrezept. Mit ihren Projekten „*Women Cooking Space*“ und „*Women Business Lunch*“ konnte ihr Verein *United Action* Neuangekommene mit Frauen des lokalen Umfelds in einen themenorientierten Austausch bringen. Wichtig war, dass Frauen sich in einem eigenen, geschützten Raum offen, authentisch und gleichberechtigt begegnen konnten. Klare Regeln für eine konflikt- und hierarchiefreie Kommunikation wurden gemeinsam aufgestellt und beachtet. Frauen konnten

sich somit bezüglich alltäglicher Herausforderungen ernsthaft austauschen. So entstanden Triple-win-Synergien: Erstens konnten Neuangekommene von Nichtneuangekommenen lernen, wie das lokale Umfeld funktioniert; zweitens konnten Nichtneuangekommene vieles von ihren Partner*innen lernen, Vorurteile abbauen und differenzierte Gesellschaftsbilder entwickeln; drittens entstanden Netzwerke und Freundschaften, die für eine nachhaltige Teilhabe im lokalen gesellschaftlichen Raum sorgten. Diese guten, kleinen Beispiele auf das größere Ganze zu übertragen, sei unsere gemeinsame Aufgabe, bei der alle von vornherein mit am Tisch sitzen, um einen offenen, gleichberechtigten, ehrlichen Diskurs und Austausch zu führen.

Fatuma Musa Afrah

Aktivistin und Mitbegründerin von *United Action* e.V.

Abdou Rahime Diallo

Fachpromotor für Entwicklungspolitik und Migration sowie Mitbegründer und Vorstandsmitglied beim Netzwerk Migrant*innenorganisationen Brandenburg – NeMiB e.V.

Fatuma Musa Afrah konnte mit *United Action* in Brandenburg mehr als 500 Frauen und weitere Neuangekommene erreichen und für eine aktive Partizipation gewinnen. Sie ist als Neuangekommene aus Somalia/Kenia nach Deutschland gekommen und hat den Verein *United Action* gegründet, der auch Mitglied beim Migrantischen Landesnetzwerk NeMiB e.V. ist. Sie ist als politische Aktivistin auf internationaler Ebene für Frauenrechte engagiert, setzt sich für Projekte der Verbesserung der Lebensverhältnisse in Somalia und Kenia ein.

WIR STELLEN VOR:

Vereine und Initiativen in Brandenburg

Liebe Leser*innen,

hier stellen wir eine Auswahl an Vereinen und Initiativen in Brandenburg vor, mit denen wir im Laufe unserer Projektzeit kooperiert haben. Es ist deutlich: Demokratie lebt in Brandenburg. In zahlreichen Vereinen und Initiativen leisten Menschen einen Beitrag zu einer lebenswerten, vielfaltsbejahenden Gesellschaft.

Wir wünschen euch viel Freude beim Stöbern!

Ihr und euer Team von **MIT:MENSCHEN**



CAGINTUA e.V. engagiert sich seit vielen Jahren im Bereich der Stärkung von Menschen mit Fluchterfahrung. Eines der hervorzuhebenden Projekte von CAGINTUA ist **Refugee-Radio-Potsdam.**

Das von Obiri Mokini 2014 gegründete Refugee-Radio-Potsdam sendet an jedem dritten Montag im Monat ab 19 Uhr aus dem freiLand ein informatives Lokalradio von Geflüchteten für Geflüchtete. Dabei werden in Deutsch, Englisch und weiteren Sprachen selbstbestimmt gewählte Themen wie bspw. Alltags Herausforderungen in Geflüchtetenunterkünften zur Sprache gebracht.

Ausgestrahlt wird es via UKW (90,7 in Potsdam und 88,4 in Berlin) und per Stream frrapo.de – damit werden Menschen nicht nur in Brandenburg erreicht, sondern auch in den Ländern, aus denen die Menschen nach Europa fliehen.
cagintua.de



Lausitzer Perspektiven e.V. setzt sich dafür ein, dass im Lausitzer Strukturwandel möglichst viele und unterschiedliche Perspektiven Gehör finden. Der regionale Think Tank bietet regionalen, nationalen und internationalen Akteur*innen aus allen Ecken der Gesellschaft eine Plattform, um miteinander ins Gespräch und ins Tun zu kommen. Neben der Organisation verschiedener Veranstaltungsformate sammelt und veröffentlicht der Verein Ansätze und Ideen, die Lebensqualität und klimaverträgliche Formen des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens miteinander verknüpfen.

lausitzer-perspektiven.de



Das Mobile Beratungsteam arbeitet seit September 1998 im Rahmen des Handlungskonzeptes *Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie* der Landesregierung in Brandenburger Kommunen.

Es ... berät alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen – vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zum Landrat.

Es ... hat als Ziel die gemeinsame Entwicklung und Sicherung demokratischer Grundwerte, die Stärkung der Verantwortung jedes Einzelnen vor Ort und die Abwehr und Verhinderung von rechtsextremen und rassistischen Entwicklungen und Übergriffen.

gemeinwesenberatung-demos.de



Women in Exile e.V. ist eine Initiative von Flüchtlingsfrauen, die sich 2002 in Brandenburg zusammengefunden haben, um für ihre Rechte zu kämpfen. Sie besuchen die Flüchtlingsfrauen in den Lagern in Brandenburg und informieren sie über ihre rechtlichen Möglichkeiten, u. a. wie sie sich gegen sexualisierte Gewalt zur Wehr setzen können. Sie unterstützen sie durch Workshops zu Themen wie Empowerment, Gesundheit und Asylrecht. Jeden ersten Samstag im Monat haben sie ein offenes Treffen für Flüchtlingsfrauen aus Berlin/Brandenburg. Sie demonstrieren, halten Reden auf politischen Veranstaltungen, machen Öffentlichkeitsarbeit aus ihrer Perspektive, um die Gesellschaft mit den Problemen und Forderungen von Flüchtlingsfrauen zu konfrontieren – denn seit über 10 Jahren fordern sie: „Keine Lager für Frauen und Kinder! Alle Lager abschaffen!“ Auf ihrer Homepage informieren sie über aktuelle flüchtlingspolitische Ereignisse aus feministischer Perspektive und sammeln dort Infomaterial für Flüchtlingsfrauen in vielen Sprachen.

women-in-exile.net



Das B84-Cafe ist ein offener Begegnungsort für Alt- und Neufalkenseer*innen und andere Besucher*innen. Dieser Ort versteht sich als Botschafter einer weltoffenen, bunten Gesellschaft, in der Diskriminierung und Ausgrenzung keinen Platz haben. Zu diesem Zweck wurden Räume geschaffen, in denen alle Menschen willkommen sind und mit ihren persönlichen Anliegen Gehör und gegebenenfalls Hilfe finden können.

willkommen-in-falkensee.org



Opferperspektive e.V. bietet seit 1998 im Land Brandenburg eine professionelle Beratung für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung und deren Freund*innen, Angehörige und Zeug*innen an. Die Beratung ist kostenlos, vertraulich, parteilich und unabhängig von staatlichen Behörden.

opferperspektive.de



Die RAA Brandenburg ist – als Arbeitsbereich des Vereins *Demokratie und Integration Brandenburg e.V.* – eine landesweit agierende, unabhängige Beratungs- und Fortbildungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration. Die RAA Brandenburg entwickelt in ihren sechs Niederlassungen und ihren Projekten Bildungsangebote für Multiplikator*innen zur demokratischen Integration und Inklusion verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Ziele sind deshalb die Sensibilisierung und die Öffnung der Gesellschaft für kulturelle, religiöse und herkunftsbezogene Heterogenität. Die Zielgruppen reichen von Schulen, Kitas, sozialen Einrichtungen bis zur kommunalen Verwaltung. Zu den zentralen Aufgaben zählen die Förderung des demokratischen Engagements und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Ideologien.

raa-brandenburg.de



Das Bürgerbündnis für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt Angermünde

engagiert sich als lokale Initiative in der Uckermark. Ihr Name ist Programm: Vielfältige Bildungsformate werden angeboten, generationenübergreifender Austausch und Koordination findet regelmäßig statt. Das Bündnis arbeitet u. a. zu den Themen Vielfalt, Migration und Erinnerungskultur.

aktionsbueundnis-brandenburg.de



NeMiB e.V., Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg, wurde im Dezember 2016 gegründet. Zurzeit sind ca. 25 Vereine und Einzelpersonen Mitglied. Als Landesnetzwerk vertritt NeMiB Perspektiven und Interessen von Menschen mit Migrations-/Fluchterfahrung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene und setzt sich gegen Rassismus/Diskriminierung ein. Aktuelle Zielregionen sind Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Fürstenwalde, Brandenburg/Havel und Rathenow/Premnitz.

Und noch ein Tipp: NeMiB produzierte 2018 den Film *TOKÂNARA*, in dem vier Menschen mit Fluchterfahrungen eindrucksvoll ihre Perspektive zu Flucht, Ursachen, Ankommen und Perspektiven schildern. Der Film und die Protagonist*innen sind auf Anfrage für Events buchbar.

nemib-ev.org



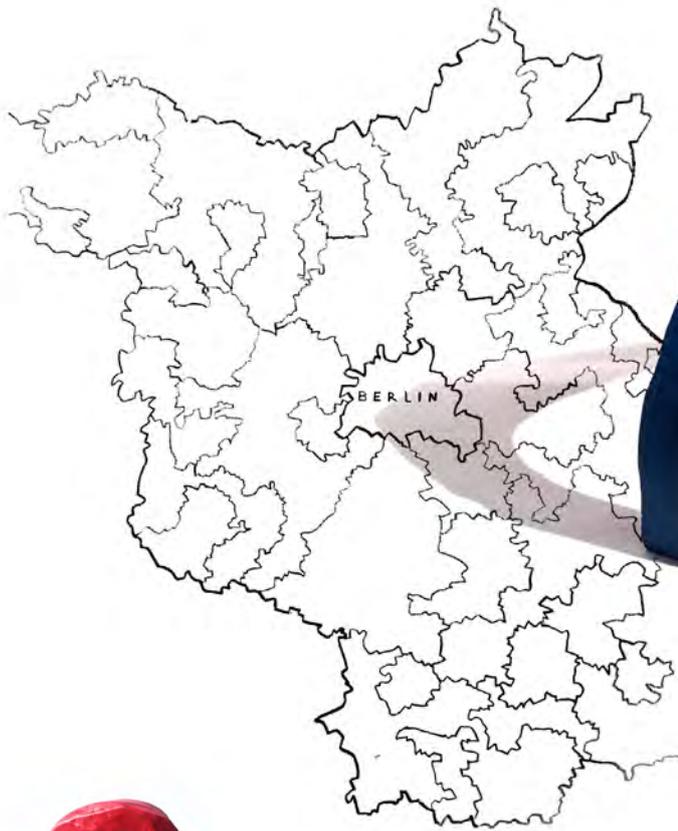
Die seit 2003 bestehende **Bürgerstiftung Barnim Uckermark** verfolgt das Ziel, ein offenes und demokratisches Zusammenleben durch ein vielfältiges Bildungs- und Kulturangebot sowie bürgerschaftliches Engagement in der Region zu fördern. Der Schutz von Minderheiten, die Stärkung von Kinderrechten und das Eintreten für eine diverse Gesellschaftsstruktur sind dabei Teil der Stiftungsarbeit.

buergerstiftung-barnim-uckermark.de



Als Mitglied von *Weltweiterdenken e.V.* ist **Postcolonial Potsdam** eine Arbeitsgruppe, die sich mit Spuren der deutschen und preußischen Kolonialgeschichte und dem postkolonialen Schweigen im heutigen Potsdam beschäftigt. Skulpturen, Gemälde und Gebäude in Potsdam und Umgebung sind mit der preußischen und deutschen Kolonialgeschichte verbunden. Mit Stadtführungen, Online-Beiträgen, Projekten und Veranstaltungen versucht Postcolonial Potsdam, diese Orte und Objekte in einen Kontext zu setzen, um unsichtbare Teile der Geschichte sichtbar zu machen. Dies soll dazu dienen, Diskussionen darüber zu eröffnen, wie mit kolonialer Ungerechtigkeit, Rassismus und ihren Auswirkungen heute umgegangen werden kann.

postcolonialpotsdam.org



BRANDENBURG



Die Poets of Migration (POEM), gegründet von Wolfgang Farkas, Ok-Hee Jeong und Zoran Terzić, sind ein Autor*innenkollektiv und eine literarische Plattform. POEM veranstaltet Leseperformances zu den Themen Herkunft und Zukunft, Flucht und Aufbruch, Migration und Utopie. Die in wechselnden Besetzungen auftretenden Autor*innen wollen die gesellschaftlichen Befindlichkeiten kritisch hinterfragen und in den Geschichten/Präsentationen den öffentlichen Diskurs voranbringen.

poetsofmigration.de



United Action e.V. wurde 2018 von Fatuma Musa Afrah und weiteren Aktivist*innen gegründet. Hauptaktivitäten sind Empowerment und Capacity Building von neuangekommenen Frauen sowie deren Aufklärung zu ihren Rechten. Zusätzlich setzt sich United Action gegen Rassismus und für eine gerechte, nichtdiskriminierende Gesellschaft ein. Der Verein führt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Somalia und Kenia durch und ist vor allem in Potsdam, Eberswalde und Rathenow/Premnitz zusammen mit mehreren Partner*innenorganisationen aktiv.

united-action.de



Das Obenkino in Cottbus gehört zum Jugendkulturzentrum Glad-House und ist eins von drei weiteren Angeboten der dortigen Kulturarbeit. Neben einem abwechslungsreichen Angebot an Filmen mit anschließendem Künstler*innengespräch veranstaltet das Programm kino Konzerte, Lesungen und andere Performances.

obenkino.de

DANKSAGUNG

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen bedanken, die das Projekt „**MIT:MENSCHEN** – Migration, Integration, Teilhabe“ begleitet und zu der sehr erfolgreichen Durchführung beigetragen haben.

Unser Dank gilt dem Bundesamt für Migration und Flucht für die finanzielle Unterstützung des Projektes, aber auch für die ständige Begleitung und Beratung.

Unseren Kooperationspartner*innen in Brandenburg möchten wir für die angenehme Zusammenarbeit herzlich danken. Mit großem Engagement waren sie an der Realisierung vieler Veranstaltungen beteiligt. Dadurch wirken sie an der demokratischen Gestaltung der Kommune mit und fördern das Bewusstsein dafür, dass Migration und Vielfalt als Chance und Vorteil verstanden werden und seit jeher gelebte Realität sind. Auf diese Weise kommen wir gemeinsam unserem Ziel, die Anerkennung von Gleichheit und Verschiedenheit zu stärken, näher.

Nicht möglich gewesen wären all die Veranstaltungen und Veröffentlichungen ohne die zahlreichen Referierenden und Schreibenden, die an der Umsetzung des Projektes in den letzten zwei Jahren beteiligt waren. Einige begleiteten das Projekt kontinuierlich, andere setzten einmalige, wichtige Impulse – Danke für den Einsatz. Durch eure Expertise und fachlichen Input konnten viele Diskussionen angeregt, unser Wissensschatz erweitert und Diskurse vorangetrieben werden.

Nicht zuletzt danken wir dem Kollegium der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Mit Rat und Tat habt ihr uns beiseitegestanden, seid eingesprungen, wenn es Engpässe gab, und habt uns stets mit Innovation, Spaß und Vertrauen begleitet.

Ihr und euer Team von
MIT:MENSCHEN

Sabrina Görisch



Jan Weisbrod



Josephine Jerke



IMPRESSUM

Herausgeber

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.
Dortustraße 52
14467 Potsdam
E-Mail: organisation@boell-brandenburg.de
Web: www.boell-brandenburg.de
V.i.s.d.P: Jana Mittag

Konzept und Redaktion

Sabrina Görisch

Mitarbeit:

Jan Weisbrod
Josephine Jerke

Gestaltung

Martina Springmann
wunder & fitzig Reich, Springmann GBR
wunderundfitzig.de

Illustrationen

Mira Schönegege
miramuesi.zutart.com

Korrektorat

Anne Hruby

Druck

Pinguin Druck GmbH
Marienburger Straße 16
10405 Berlin

Auflage

Mai 2020

Förderhinweis

Das Projekt „MIT:MENSCHEN Migration, Integration, Teilhabe“ und dieses Heft werden aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Lizenz

Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>). Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung – Sie müssen die Namen der Autor*innen/Rechteinhaber*innen in der festgelegten Weise nennen. Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Das Projekt „MIT:MENSCHEN
Migration, Integration, Teilhabe“ und dieses Heft
werden aus Mitteln des Asyl-, Migrations-
und Integrationsfonds kofinanziert.

